



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

**DFG**

## **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

**Verhandlungen zwischen dem Senat und der  
Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ;  
Bürgerschaft Bremen  
1915**

09.02.1915 - Mitteilung des Senats

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

# Mitteilung des Senats

vom 9. Februar 1915.

## Inhaltsverzeichnis.

### Budget für das Rechnungsjahr 1915.

Anlage 1. Bericht der Finanzdeputation .....	S. 31.
" 2. Bericht der Deputation für die Gefängnisse .....	" 37.
" 3. Bericht der Deputation für die Krankenstalt .....	" 37.
" 4. Bericht der Polizeidirektion .....	" 39.
" 5. Bericht der Zollverwaltung .....	" 40.
" 6. Bericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau .....	" 43.
" 7. Bericht der Deputation für die Stadterweiterung .....	" 48.
" 8. Bericht des Wasserbauamts .....	" 49.
" 9. Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen .....	" 51.
" 10. Bericht des Jugendamts .....	" 58.
" 11. Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau, betreffend Außerordentliche Ausgaben .....	" 59.

### Budget für das Rechnungsjahr 1915.

Der Senat teilt der Bürgerschaft die von der Finanzdeputation eingereichte Budgetvorlage für das mit dem 1. April d. J. beginnende Rechnungsjahr mit den Budgetberichten

- 1) der Finanzdeputation,
- 2) der Deputation für die Gefängnisse,
- 3) der Deputation für die Krankenanstalt,
- 4) der Polizeidirektion,
- 5) der Zollverwaltung,
- 6) der Baudeputation, Abteilung Straßenbau,
- 7) der Deputation für die Stadterweiterung,
- 8) des Wasserbauamts,
- 9) der Deputation für Häfen und Eisenbahnen,
- 10) des Jugendamts,
- 11) der Baudeputation, Abteilung Hochbau, betreffend Außerordentliche Ausgaben,

unter Vorbehalt seiner Erklärung zur Beschlußfassung hierneben mit.

### Budgetbericht der Finanzdeputation.

Anlage 1.

Die Finanzlage muß sich selbstverständlich unter der Einwirkung des Krieges und der Seehandelsperre schwieriger und ungünstiger gestalten als in normalen Zeiten. Der Voranschlag für 1915 läßt zwar erkennen, daß die Behörden sich durchweg in ihren Anforderungen eingeschränkt haben. Wenn trotzdem die ordentlichen Ausgaben gegen den Voranschlag für 1914 von 47 092 934 *M* auf 48 590 189 *M*, also um 1 497 255 *M* gestiegen sind, so ist dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Verzinsung der Staatsschuld einen Mehraufwand von 1 455 889 *M* erfordert. Die außerordentlichen Ausgaben betragen nur 797 745 *M* gegen 3 304 872 *M* im festgestellten Budget für 1914, sind also um 2 607 127 *M* zurückgegangen. Der Ausgabeetat weist also eine nicht unerhebliche Erleichterung auf. Diese Erleichterung reicht aber nicht aus, um den Rückgang der ordentlichen Staatseinnahmen wieder auszugleichen. Die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen war im festgestellten Budget für 1914 auf 47 383 645 *M* veranschlagt, nach dem Voranschlag für 1915 beträgt sie nur 43 071 443 *M*, das bedeutet gegen das Vorjahr einen Ausfall von 4 312 202 *M*. Demgegenüber schlägt die übrigens nur scheinbare Zunahme der außerordentlichen Einnahmen um 765 300 *M* (s. hierzu die Bemerkungen der Finanzdeputation zu den außerordentlichen Einnahmen am Schluß) nicht zu Buch.

Aus der vorläufigen Zusammenstellung des Budgets ergibt sich ein Fehlbetrag von 4 496 559 *M*, der sich vielleicht bei der Budgetberatung noch herabmindern läßt, aber immer noch so hoch bleiben wird, daß er in normalen Zeiten ernste Sorgen hervorrufen müßte. Da der Fehlbetrag indessen offensichtlich die

innere Festigkeit der bremischen Finanzen kaum berührt, vielmehr lediglich als eine selbstverständliche Folge der kriegerischen Verwicklungen anzusehen ist, so sieht die Finanzdeputation keinen Grund zur Beunruhigung. Sie muß auch davon abraten, etwa auf dem Wege der Steuerverhärfung Abhilfe zu suchen. Es wäre verfehlt, in einer Zeit, in der die Einnahmen der Steuerzahler spärlicher fließen und überdies durch den Krieg stark in Anspruch genommen werden, durch erhöhten Steuerdruck die Vermehrung der Staatseinnahmen zu erzwingen. Der in langer Friedenszeit angesammelte Reservefonds der Überschüsse früherer Jahre ist dazu bestimmt, gerade in solchen Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Bedrängnis auszuhelfen. Die Finanzdeputation beantragt daher, den veranschlagten Fehlbetrag zum Vollen auf den Reservefonds anzuweisen.

#### Außerordentliche Einnahmen.

Kap. I Tit. 1. Bankzinsen. Wenn im Laufe des Rechnungsjahres 1915 eine größere Anleihe aufgenommen werden sollte, was von dem weiteren Verlauf des Krieges abhängen wird, so werden voraussichtlich zeitweilig größere Beträge zinslich belegt werden können. Unter dieser Voraussetzung kann mit einer Einnahme an Bankzinsen im Betrage von 150 000 M gerechnet werden.

Kap. I Tit. 2. Beiträge für Straßenanlagen. Dieser Posten enthält an wirklichen Einnahmen nur 10 000 M. Der Restbetrag von 58 000 M (s. Spezialbudget Nr. 129) wird dem laufenden Haushalt in Erwartung künftig eingehender Straßenkostenbeiträge aus dem Fonds für außerordentliche Verwendungen vorgehoffen.

Kap. I Tit. 7. Projektbearbeitungen. Dieser durchlaufende Posten ist von der Bauverwaltung für 1915 auf 75 000 M gegen 80 000 M im Vorjahre veranschlagt worden. Die Finanzdeputation beantragt, diesen Einnahme- und den entsprechenden Ausgabeposten (vergl. Außerordentliche Ausgaben Kap. I Tit. 7) auf 40 000 M zu ermäßigen, da Projektbearbeitungen für Neubauten in der Kriegszeit in geringerem Maße erforderlich sind und überdies zum guten Teil von den festangestellten Hochbaubeamten ausgeführt werden können.

Kap. II Tit. 1. Unterweserkorrektion und Wehranlage — Ausgleich —. Im Finanzplan ist die Ausgleichssumme für das einundzwanzigste Betriebsjahr auf 234 600 M berechnet. Infolge des Krieges wird die Schiffsabgabe im Rechnungsjahr 1915 einen bedeutenden Ausfall erleiden. Die Größe des Ausfalls hängt von der Dauer des Krieges ab und läßt sich im voraus nicht abschätzen. Im Spezialbudget Nr. 19 ist der Ertrag der Schiffsabgabe mit 700 000 M eingestellt. Es wird also angenommen, daß der Ertrag um 600 000 M hinter der im Finanzplan vorgesehenen Einnahme zurückbleiben wird. Ferner beträgt die Zinsenlast, die anschlagsmäßig durch die Schiffsabgabe zu decken ist, infolge der für die weitere Weservertiefung bereits gemachten und im Jahre 1915 erforderlichen Aufwendungen 1 816 850 M, wogegen im Finanzplan für das einundzwanzigste Betriebsjahr nur mit einem Zinsbedarf von 1 534 600 M gerechnet ist. Endlich wird auch die Verzinsung des Wehranlagefonds die Einnahmen des Weserwerkes übersteigen, weil diese nach dem Voranschlage des Elektrizitätswerkes nur 300 000 M gegen 400 000 M im Vorjahre betragen wird. Der aus dem Jahre 1888 stammende und durch die Entwicklung längst überholte Finanzplan wird voraussichtlich noch im Laufe des Rechnungsjahres 1915 durch einen neuen Finanzplan ersetzt werden. Sollte diese Erwartung nicht zutreffen, so wird bei der Abrechnung über den Staatshaushalt für 1915 zu entscheiden sein, ob der über die planmäßige Ausgleichssumme hinausgehende Fehlbetrag der Schiffsabgabe dem Korrektionsfonds zugeschlagen oder in anderer Weise verrechnet werden soll.

Die Gesamtsumme der Außerordentlichen Einnahmen beträgt 1 819 932 M gegen 2 947 984 M im festgestellten Budget für 1914. Zur Deckung des rechnungsmäßigen Fehlbetrages sind im Jahre 1914: 1 893 402 M auf den Reservefonds der Überschüsse früherer Jahre angewiesen und demgemäß ein entsprechender Betrag in Einnahme gestellt worden. Nach Abzug dieses Einnahmepostens ergeben die Außerordentlichen Einnahmen gegen das Vorjahr einen Mehrertrag von 765 300 M, wovon allein auf „Unterweserkorrektion, Ausgleich“ 745 350 M entfallen.

### Ordentliche Einnahmen.

Kap. I. Von Eigentum u. Rechten. Die Summe des Kapitels weist gegen das Vorjahr einen starken Rückgang auf. Sie beträgt nur 13 513 842 *M* gegen 14 569 233 *M* im festgestellten Budget für 1914, ist also 1 055 391 *M* niedriger. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß die Einnahmen aus den staatlichen Betrieben unter der Einwirkung des Krieges besonders leiden müssen. Die Unsicherheit des Voranschlages macht sich zudem bei diesen Einnahmen am stärksten geltend. Bei den Haupteinnahmen des Kapitels hängt alles davon ab, in welchem Zeitpunkt der friedliche Verkehr wieder eröffnet werden kann. Von dem Minderertrage entfallen auf die Einnahmen der Häfen und Eisenbahnen 549 480 *M*, auf den Reinertrag des Gaswerks 350 000 *M*, auf den Reinertrag des Elektrizitätswerks 200 000 *M*, auf den Ratskeller 45 000 *M* und auf die Bremer Straßenbahn 105 000 *M*.

Kap. II. Direkte Steuern. Die Summe des Kapitels beträgt 1 220 000 *M* weniger als im festgestellten Budget für 1914. Der Ausfall ist auf Tit. 6 Einkommensteuer zurückzuführen, die einen Einnahmerückgang von 1 400 000 *M* gegen das Vorjahr aufweist. Wenn auch im Geschäftsjahre 1914 in einigen Zweigen des bremischen Handels trotz des Krieges oder gerade infolge des Krieges große Gewinne erzielt worden sind, so werden dadurch doch bei weitem nicht die Verluste wieder ausgeglichen, die das kaufmännische Einkommen, namentlich auf dem Gebiete der Schifffahrt und der damit zusammenhängenden Handelsgebiete, erlitten hat. Auffällig ist, daß der durch die Armensteuer (Tit. 7) zu deckende Bedarf trotz der reichen Unterstützungen, welche den Angehörigen der Kriegsteilnehmer und den Arbeitslosen aus der Staatskasse und vom roten Kreuz zu Teil werden, gegen das Steuerjahr 1914 noch um 88 000 *M* gestiegen ist.

Kap. III. Indirekte Steuern. Die Summe des Kapitels weist gegen das Vorjahr einen Ausfall von 1 630 000 *M* auf. Nach dem Voranschlage werden weniger eingehen zu Tit. 2 Güterdeklaration 85 000 *M*, zu Tit. 4 Veräußerte Immobilien 500 000 *M*, zu Tit. 9 Pferde 25 000 *M*, zu Tit. 14 Schifffahrtsabgabe 586 000 *M*. Die Einnahmen für Seeversicherungstempel (230 000 *M*) und für sonstige Versicherungstempel werden gänzlich wegfallen, da diese Stempelabgaben vom Reich in Anspruch genommen sind.

Kap. IV. Gebühren und Geldstrafen. Die Summe des Kapitels beträgt 382 900 *M* weniger als im Vorjahre. An Einnahmeausfällen sind zu verzeichnen bei Tit. 3 Gesundheitswesen 40 400 *M*, bei Tit. 4 Polizeidirektion 30 000 *M*, bei Tit. 5 Baupolizeiamt 31 200 *M*, bei Tit. 8 Katasteramt 13 500 *M*, bei Tit. 12 Gerichtskanzleien 222 900 *M*.

Kap. V. Vermischte Einnahmen. Die Schlusssumme des Kapitels ergibt gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 23 919 *M*. Dieser Einnahmeausfall ist darauf zurückzuführen, daß an Lotteriepacht (Tit. 5) infolge des Ausfalls einer Lotterie etwa 60 000 *M* weniger eingehen werden als im Jahre 1914.

### Ordentliche Ausgaben.

Kap. I. Senat u. Bürgerschaft. Die Summe des Kapitels beträgt 5545 *M* weniger als im Vorjahr, weil den Mehrforderungen zu anderen Titeln bei Tit. 4 Rathaus usw. eine Mindereinnahme von 10 200 *M* gegenübersteht. Tit. 8 Bewirtungen wird voraussichtlich im Laufe des Rechnungsjahres 1915 nur wenig in Anspruch genommen werden. Die Finanzdeputation beantragt daher, diesen Ausgabeposten ausnahmsweise um 15 000 *M*, also auf 10 000 *M* zu ermäßigen.

Kap. II. Rechtspflege. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 22 143 *M*.

Kap. III. Polizei. Die Summe des Kapitels beträgt 723 512 *M* weniger als im festgestellten Budget für 1914. Das bedeutet aber keine wirkliche Verringerung der Ausgaben, ist vielmehr nur darin begründet, daß der Tit. Straßenreinigung und Abfuhrwesen infolge der Vereinigung dieses Verwaltungszweigs mit der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, aus dem Kapitel Polizei in das Kapitel VI Bauwesen übernommen ist. In dem festgestellten Budget für 1914 waren in

Kapitel III Polizei für Straßenreinigung und Abfuhrwesen 772 450 *M* eingestellt. Die Gesamtsumme der übrigen Titel dieses Kapitels ist daher gegen das Vorjahr um 48 938 *M* gestiegen. Die Ausgaben für das Pathologische Institut, die früher in dem Ausgabebudget der Krankenanstalt (Spezialbudget Nr. 60) mit enthalten waren, sind jetzt in Tit. 4 (Spezialbudget Nr. 60 a) besonders aufgeführt. Einschließlich der Ausgaben für das Pathologische Institut sind die Ausgaben für die Krankenanstalt gegen das Vorjahr um 129 062 *M* gewachsen. Zu Tit. 6 St. Jürgenasyl Ellen ist eine Mehrausgabe von 13 635 *M*, zu Tit. 8 Polizeidirektion eine Mehrausgabe von 22 850 *M* zu verzeichnen. Dagegen ergibt Tit. 11 Feuerwehr eine Minderausgabe von 41 025 *M*, Tit. 12 Straßenerleuchtung eine solche von 77 000 *M*.

Zu Tit. 5 Krankenanstalt und zu Tit. 6 St. Jürgenasyl Ellen beantragt die Finanzdeputation die im Spezialbudget Nr. 60 für „Bauliche Unterhaltung und Anlagen der Krankenanstalt“ unter B „gewöhnliche Ausgaben“ eingestellten 27 000 *M* und die im Spezialbudget Nr. 61 für „Neuanlagen und bauliche Unterhaltung“ unter B „gewöhnliche Ausgaben“ eingestellten 18 000 *M* aus den unten zu Kap. VI Tit. 2 angeführten Gründen auf die Hälfte, also zusammen um 22 500 *M* zu ermäßigen.

Kap. IV. Finanzen. Die Summe des Kapitels ist um 1 447 631 *M* gegen das festgestellte Budget für 1914 gewachsen. An größeren Mehrausgaben gegen das Vorjahr ergeben Tit. 3 Zinsen der Staatsschuld 1 445 889 *M*, Tit. 5 Öffentliche Grundstücke 7470 *M*, Tit. 6 Generalsteueramt 15 600 *M*, Tit. 7 Katasteramt 12 100 *M*, Tit. 8 Zollverwaltung 10 730 *M*. Diesen Mehrausgaben stehen an Minderausgaben bei Tit. 4 Schuldentilgung 46 692 *M* gegenüber.

Zu Tit. 3 Zinsen der Staatsschuld ist zu bemerken, daß im Spezialbudget Nr. 72 der Mehrbedarf an Zinsen, der im Vorjahr mit 500 000 *M* angenommen war, auf 2 000 000 *M* veranschlagt ist. Dieser Voranschlag beruht auf der Voraussetzung, daß im Rechnungsjahr 1915 zur Einlösung der Schatzscheine und zur Deckung des weiteren Bedarfs eine größere Anleihe aufgenommen werden muß. Ob das zutreffen wird, hängt von dem weiteren Verlauf der kriegerischen Ereignisse ab. (Vergl. die Bemerkung zu Außerordentlichen Einnahmen Kap. I Tit. 1 Bankzinsen.)

Kap. V. Unterricht. Die Ausgaben dieses Kapitels sind von 6 280 388 *M* im festgestellten Budget für 1914 auf 6 311 750 *M* gestiegen, der Mehrbedarf beträgt demnach 31 362 *M*. Dagegen belief sich im Rechnungsjahr 1914 der Mehrbedarf gegen das vorige Jahr auf 220 280 *M*.

Kap. VI. Bauwesen. Die Summe des Kapitels beträgt 4 124 287 *M* gegen 3 599 244 *M* im festgestellten Budget für 1914, ist also um 535 043 *M* gewachsen. Dabei ist aber zu bemerken, daß das Spezialbudget der Straßenreinigung, das bisher in das Kapitel Polizei eingereiht war, infolge der Vereinigung der Straßenreinigung mit der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, als Unterabteilung D des Spezialbudgets Nr. 96 erscheint. Werden die Ausgaben der Straßenreinigung — 749 400 *M* — von der Summe des Kap. VI abgesetzt, so ergibt diese gegen das Vorjahr eine Minderausgabe von 214 357 *M*.

Zu Tit. 2 Hochbau — Spezialbudget Nr. 95 a und 95 b:

Der Finanzdeputation ist es aufgefallen, daß die zu den einzelnen Fällen beantragten Generalausgaben „Sonstige Unterhaltung und Besserung“ im Verhältnis zu den speziell veranschlagten Ausgaben für bauliche Unterhaltung viel zu hoch sind. Von den beantragten Gesamtausgaben im Betrage von 572 650 *M* entfallen auf die Generalausgaben 249 190 *M*. Im einzelnen sind für „Sonstige Unterhaltung und Besserung“ ausgeworfen:

1) im Spezialbudget Nr. 95 a

zu Tit. 1	22 600 <i>M</i>	(Gesamtausgabe 42 700 <i>M</i> )
zu Tit. 2	400 „	( „ 550 „ )
zu Tit. 5	10 000 „	( „ 17 100 „ )
zu Tit. 6	300 „	( „ 300 „ )

zu Tit. 10 .....	700	M	(Gesamtausgabe	920	M)
zu Tit. 13 .....	23 500	"	(	28 480	"
zu Tit. 14 .....	5 000	"	(	6 270	"
zu Tit. 15 .....	10 000	"	(	28 600	"
zu Tit. 18 .....	330	"	(	330	"
zu Tit. 19 .....	2 500	"	(	4 850	"
zu Tit. 20 .....	6 000	"	(	10 070	"
zu Tit. 21 .....	13 000	"	(	16 640	"

## 2) Im Spezialbudget Nr. 95 b.

zu Tit. 3 .....	3 280	M	(	3 280	M)
zu Tit. 4 .....	4 200	"	(	7 895	"
zu Tit. 4 a .....	2 300	"	(	6 370	"
zu Tit. 7 .....	1 750	"	(	1 750	"
zu Tit. 8 .....	1 850	"	(	3 900	"
zu Tit. 9 .....	9 000	"	(	12 895	"
zu Tit. 11 .....	4 780	"	(	4 780	"
zu Tit. 12 .....	69 000	"	(	79 525	"
zu Tit. 16 .....	1 000	"	(	1 000	"
zu Tit. 17 .....	2 000	"	(	2 000	"
zu Tit. 22 .....	4 700	"	(	6 145	"
zu Tit. 23 .....	31 000	"	(	31 750	"

Außer den zu den einzelnen Titeln beantragten Generalausgaben sind in beiden Spezialbudgets daneben noch in Titel 25 für Unvorgeesehenes und größere Reparaturen je 10 000 M eingestellt.

Die Finanzdeputation beantragt, sämtliche eingestellte Generalausgaben um die Hälfte zu ermäßigen. Daraus würde sich bei den Ausgaben des Hochbaus (Kap. VI Tit. 2) eine Ermäßigung von 124 595 M ergeben.

Tit. 3. Straßenbau, Gehalte und Unterhaltung. (Spezialbudget Nr. 96.) In das Spezialbudget Nr. 96 sind neu aufgenommen die Ausgaben der Straßenreinigung (Nr. 96 D) mit 749 400 M und des Deich- und Wegbauamts (Nr. 96 C) mit 156 990 M. Wesentlich hierauf ist zurückzuführen, daß sich die Ausgabe zu Titel 3 gegen das Vorjahr um 884 711 M erhöht hat.

Zu Tit. 4. Straßenbau, Neu- und Umlegung bestehender Straßen. Die Finanzdeputation hält angesichts der Finanzlage eine Einschränkung in den Neu- und Umlegungsarbeiten für erforderlich. Sie beantragt, statt der eingestellten 734 550 M im ganzen nur 400 000 M zu bewilligen, wobei sie bemerkt, daß insbesondere die Neupflasterung der im Spezialbudget Nr. 97 unter A 1, 8, 9, 14, 17, 21 aufgeführten Straßen noch hinausgeschoben werden kann.

Kap. VII. Häfen und Eisenbahnen. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 52 790 M.

Kap. VIII. Vermischte Ausgaben. Der Mehrbedarf im Vergleich zum festgestellten Budget für 1914 beträgt 213 520 M. Davon entfallen auf Tit. 1 Ruhegehälter 55 000 M, auf Tit. 2 Witwen- und Waisengeld 50 000 M, auf Tit. 4 Statistisches Amt 14 428 M, auf Tit. 11 Historisches Museum 2205 M, auf Tit. 14 Handelskammer 4630 M, auf Tit. 19 Versicherungsbehörden 9736 M, auf Tit. 20 Postaversum 4516 M, auf Tit. 27 Stadtbremische Armenpflege 88 000 M.

Zu bemerken ist, daß im Budget der Kammer für Kleinhandel (Spezialbudget Nr. 119) unter II für Kanzlei, Drucksachen, Schreibhilfe das Doppelte der vorjährigen Ausgaben gefordert werden. Zur Begründung der Mehrforderung hat die Kammer ausgeführt, daß die Arbeitskräfte der Kammer der ständig anwachsenden Arbeit nicht gewachsen seien. Namentlich für die stenographischen Arbeiten, das Maschinenschreiben sowie sonstige Arbeiten mannigfacher Art sei eine weitere Schreibkraft erforderlich. Der Finanzdeputation scheint eine verhältnismäßig so starke Ausgabenerhöhung unter den gegenwärtigen Umständen nicht gerechtfertigt zu sein. Es wird beantragt, diese Position auf 3000 M zu beschränken.

Kap. IX. Reich und Auswärtiges. Die Summe des Kapitels ist dieselbe geblieben wie im Vorjahre.

### Außerordentliche Ausgaben.

#### Kap. I. Bauten und Anlagen.

Die Finanzdeputation gibt zu folgenden Titeln Bewilligung anheim:

Tit. 1. Neue massive Brücke auf dem Rhienberger Friedhof 9800 *M.*

Tit. 7. Projektbearbeitungen 40 000 *M.* (s. die Bemerkung zu Außerordentlichen Einnahmen Kap. I, Tit. 7).

Folgende Positionen — Gesamtbetrag 360 000 *M.* — werden zu streichen sein, wenn die Berichte nicht bis zum Schlusse der Budgetberatungen erstattet werden:

Tit. 2. Gerichtsgefängnis in Bremerhaven 54 000 *M.*

Tit. 3. Neubau eines Geschäftshauses für die Bauverwaltung, 1. Rate 100 000 *M.*

Tit. 4. Bedürfnisanstalt am Breitenweg 9000 *M.*

Tit. 5. Neubau einer Kunstgewerbeschule, 1. Rate 100 000 *M.*

Tit. 6. Erweiterung des Verwaltungsgebäudes am Hafen I 97 000 *M.*

Unter Vorbehalt werden einzustellen sein, da der Bericht zwar erstattet, der Beschluß von Senat und Bürgerschaft aber noch aussteht:

Tit. 9. Ergänzung der Hafens- und Eisenbahnanlagen 165 000 *M.*

Zu Tit. 8. Neuanlage von Straßen 126 500 *M.*, beantragt die Finanzdeputation, die Ausgaben dieses Titels in Rücksicht auf die Finanzlage erheblich zu ermäßigen und nur die wirklich notwendigen Arbeiten ausführen zu lassen. Sie bemerkt dabei, daß die Belegung der Fußwege mit Platten in verkehrsarmen oder ländlich bebauten Straßen durchaus nicht notwendig, in vielen Fällen nicht einmal erwünscht ist.

#### Kap. II. Vermischte Ausgaben.

Die Summe des Kapitels beträgt 152 645 *M.* weniger als im festgestellten Budget für 1914. Tit. 1 bis 10 sind mit unveränderten Beträgen wieder eingestellt. Zu Tit. 11 wird bemerkt, daß im vorigen Jahre beschlossen ist, den Überschuß der Wassersteuer über den wirklichen Bedarf der Staatsbehörden der Spezialreserve zu überweisen, um eine alljährliche Umrechnung der Steuerätze der Wassersteuer zu vermeiden. Die Finanzdeputation beantragt, bis auf weiteres in derselben Weise zu verfahren.

Die Gesamtsumme der beantragten außerordentlichen Ausgaben ist um 2 507 127 *M.* oder unter Berücksichtigung der von der Finanzdeputation beantragten Streichungen um 2 867 127 *M.* niedriger als im festgestellten Budget für 1914.

Nach den Anträgen der Finanzdeputation ergeben sich folgende Änderungen:

- 1) Die ordentlichen Ausgaben sind zu Kap. I Senat und Bürgerschaft Tit. 8 Bewirtungen um 15 000 *M.*, zu Kap. III Polizei Tit. 5 Krankenanstalt um 13 500 *M.* und zu Tit. 6 St. Fürsorge Ellen um 9000 *M.*, zu Kap. VI Bauwesen Tit. 2 Spezialbudget Nr. 95 a und 95 b um 124 595 *M.*, Tit. 4 Straßenbau, Neu- und Umliegung bestehender Straßen um 334 550 *M.*, zu Kap. VIII Vermischte Ausgaben Tit. 15 Kammer für Kleinhandel um 1200 *M.* zu ermäßigen.
- 2) Die außerordentlichen Ausgaben sind zu Kap. I Tit. 2 bis 6 um 360 000 *M.* zu ermäßigen.

Hiernach ergibt sich eine Gesamtermäßigung der Ordentlichen Ausgaben um 496 645 *M.*, der Außerordentlichen Ausgaben um 360 000 *M.*

Der auf 4 496 559 *M.* veranschlagte Fehlbetrag ermäßigt sich demnach um 856 645 *M.*, wird also nach den Anträgen der Finanzdeputation noch 3 639 914 *M.* betragen.

Die Finanzdeputation.

(gez.) **W. Donandt.** (gez.) **C. A. Gruner.**

### Budgetbericht der Deputation für die Gefängnisse.

Anlage 2.

Die unterzeichnete Deputation überreicht anliegend den Entwurf der Budgets der Strafanstalt, des Untersuchungsgefängnisses und des Gefangenhauses für 1915 und bemerkt zu dem ersteren folgendes:

Die Durchschnittspräsenzstärke der Anstalt ist auf 500 angenommen.

Von April bis Oktober 1914 waren nach Eröffnung des Zuchthauses und Überführung der gerichtlich bestrafte Gefangenen aus dem Gefangenhause in die Strafanstalt durchschnittlich täglich 422 Personen vorhanden. Diese Durchschnittszahl umfaßt aber nur die Sommermonate und wurde außerdem wesentlich vermindert durch Entlassungen auf Grund der Amnestie. Es wird daher mit einer erheblichen Zunahme auch in jetziger Zeit zumal während der Wintermonate zu rechnen sein.

Unter I 62 ist der Posten Vertretung für erkrankte und beurlaubte Aufseher und Aufseherinnen von 2000 M auf 8000 M erhöht im Hinblick auf die Einziehung zahlreicher Aufseher zum Heeresdienste und die dadurch erforderlich gewordenen Vertretungen. Ebenso haben unter II einige Posten, namentlich der Posten 1) Speisung, im Hinblick auf die starke Steigerung der Preise für zahlreiche nicht zu entbehrende Nahrungsmittel, ebenso (mit Rücksicht auf die seit Eröffnung des Zuchthauses gesteigerte Belegung der Anstalt) der Posten 4) Feuerung, und 5) Erleuchtung wesentlich höher eingestellt werden müssen.

Die Deputation für die Gefängnisse.

(gez.) **Hildebrand.** (gez.) **Chr. Specht.**

### Budgetbericht der Deputation für die Krankenanstalt.

Anlage 3.

Zu den hierneben vorgelegten Budgetentwürfen der Krankenanstalt und des St. Jürgen-Ahls für das Budgetjahr 1915 bemerken wir ergebenst folgendes:

#### I. Einnahmen.

1) Bei der Krankenanstalt sind die Verpflegungsgelder unter Zugrundelegung von 335 000 Verpflegungstagen bei einem Satz von 2,97.3 M einschließlich Behandlungs- und Operationsgeldern eingestellt worden, woraus sich eine Erhöhung von 44 275 M gegenüber dem Vorjahre ergibt.

Die übrigen Positionen sind unverändert geblieben.

2) Beim St. Jürgen-Ahl sind nach dem Durchschnitts-Krankenbestand des letzten Jahres 226 300 Verpflegungstage zu einem Durchschnittssatze von 2,50 M angenommen worden, woraus sich eine entsprechende Verminderung gegenüber dem Vorjahre ergibt. Dagegen konnten die Positionen 2 und 3 Viehhaltung und Landwirtschaft erhöht werden, die erstere wegen des größeren Viehbestandes nach Fertigstellung des neuen Kuhstalles.

#### II. Ausgaben.

Vorab sei bemerkt, daß das Ausgabebudget des Pathologischen Instituts gesondert aufgeführt wird, da das Institut nicht nur der Krankenanstalt, sondern ganz wesentlich anderen Zwecken, z. B. denen der Strafgerichtsbarkeit, dient.

Im übrigen ist hervorzuheben, daß die Kriegslage auf das vorgelegte Budget von besonderem Einfluß ist. Gerade die Hauptbedürfnisse der Krankenanstalt, die Nahrungsmittel und ärztlichen Heilmittel, werden durch die Preissteigerung infolge des Krieges getroffen. Falls im Laufe des Budgetjahres normale Verhältnisse eintreten werden, wird sich der Etat der Krankenanstalt wesentlich günstiger gestalten.

#### A. Krankenanstalt.

1) Unter Ia wird die Anstellung eines weiteren Assistenzarztes erbeten, dessen die medizinische Abteilung für die Delirantenstation bedarf. Hier finden sehr viele

Aufnahmen, besonders auch bei Nacht statt, die sofortige ärztliche Hilfe erfordern. Es muß daher ein Arzt im Beobachtungshause wohnen.

2) Unter Ic wird die Anstellung eines ruhegehaltsberechtigten Kassierers mit einem Gehalt von 2600—4400 *M* (6 zu 300) beantragt. Die beiden Beamten der Anstalt, der Hausverwalter und der Rendant, auf denen die ordnungsmäßige Führung des wirtschaftlichen Betriebes ruht, sind nicht mehr in der Lage, den an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden, obwohl sie ständig weit über ihre Dienststunden hinaus tätig sind. Dies erklärt sich daraus, daß seit 1898 eine Vermehrung der höheren Kanzleibeamten nicht erfolgt ist, während seitdem die Entwicklung des Betriebes der Anstalt eine außerordentliche gewesen ist. In den letzten 10 Jahren hat sich der Kassenverkehr der Anstalt verdoppelt und beträgt zurzeit sowohl in der Einnahme als in der Ausgabe mehr als 1½ Millionen Mark. Die Anstalt bedarf daher eines im Rechnungswesen durchaus erfahrenen Beamten, der dem Rendanten in den Kassengeschäften zur Seite steht und ihn entlastet, so daß dieser, wie es vorgesehen ist, den Hausverwalter in den Verwaltungsgeschäften unterstützen kann.

Wegen der entsprechend gesteigerten Arbeiten der Kanzlei muß ein weiterer Schreiber erbeten werden.

3) Im Vorjahre ist für die Röntgen- und Radiumbehandlung in der gynäkologischen Abteilung eine Gehilfin mit einem Gehalt von 1000—1500 *M* beantragt und bewilligt worden. Es hat sich ergeben, daß dieser Antrag von einer unrichtigen Voraussetzung ausging. Bei der verantwortungsvollen Tätigkeit in dieser Stellung, die eine besondere Vorbildung erfordert, ist eine geeignete Kraft mit diesem Gehalt nicht zu halten. Es muß daher für diese Stelle das Gehalt der Laborantinnen mit 1600—2200 *M* (5 zu 120) beantragt werden.

4) Zu 1d unter 1 sind 3000 *M* mehr eingestellt. Die Direktion der Diakonenanstalt Nazareth zu Bethel bei Bielefeld hat den Antrag gestellt, den in der Anstalt tätigen Bielefelder Pflegern entsprechend den Pflegern des St. Jürgen-Nhls Dienstkleidung oder ein Kleidergeld zu gewähren. Es erscheint berechtigt, die Pfleger der Krankenanstalt denen des St. Jürgen-Nhls in dieser Beziehung gleich zu behandeln. Die an die Bielefelder Anstalt zu zahlende Vergütung war daher um 50 *M* pro Pfleger zu erhöhen.

Weitere 500 *M* waren einzustellen wegen der im Vorjahre nicht mitberücksichtigten Versicherungsbeiträge.

5) Die Position II, Arbeits- und Dienstlöhne usw., war mit Rücksicht auf die im Laufe des Budgetjahres eintretende Inbetriebnahme des Neubaus der gynäkologischen Abteilung zu erhöhen.

6) Bei der Position III 1, Speisung, sind zugrunde gelegt 335 000 Verpflegungstage von Kranken und 105 000 Verpflegungstage des Personals, zusammen 440 000 Verpflegungstage. Bei der infolge des Krieges eingetretenen Steigerung der Lebensmittelpreise mußte der für den Verpflegungstag im Vorjahre eingestellte Betrag von 1,38 *M* auf 1,50 *M* erhöht werden, woraus sich eine Steigerung von 73 500 *M* ergibt.

7) Die Positionen III 2, ärztliche Heilbedürfnisse, und III 6, Reinigung, waren mit Rücksicht auf die eintretende Erweiterung der Anstalt zu erhöhen, die erstere auch wegen der gestiegenen Preise, desgl. die Position III 5, Wäsche, mit Rücksicht auf die gestiegenen Preise der Waschmittel, und weil wegen des unzureichenden Waschhauses der Anstalt voraussichtlich Wäsche außerhalb derselben gewaschen werden muß.

Die Erhöhung der Position III 11 beruht auf der im Budgetjahre eintretenden Erneuerung der Feuerversicherungen.

#### B. Pathologisches Institut.

Da es sich um eine erstmalige gesonderte Aufstellung der Ausgaben des Instituts handelt, mußten diese zum Teil auf Grund einer vorsichtigen Schätzung nach den bisherigen Erfahrungen eingestellt werden.

## C. St. Fürgen-Asyl.

1) Zu I, Gehalte, wird für die ärztliche Sekretärin Beermann eine Gehaltserhöhung um 100 M erbeten. Die Sekretärin ist lange in der Anstalt tätig bei einem bescheidenen Honorar.

2) Zu III 1, Speisung, sind 226 300 Krankenverpflegungstage und 45 260 Personalverpflegungstage zugrunde gelegt, zusammen 271 560 Verpflegungstage zu einem Satze von 1,05 M pro Verpflegungstag.

3) Die Positionen III 3, 5 und 9 mußten etwas höher eingestellt werden als im Vorjahre; dagegen konnten die Positionen 6, 8 und 12 eine Ermäßigung erfahren.

4) Die Position III 14 war zu erhöhen, da der nach der Einnahme angenommene größere Viehbestand entsprechend größere Aufwendungen an Unterhaltung und Bedienung erfordert.

Bremen, den 24. Dezember 1914.

Die Deputation für die Krankenanstalt.

(gez.) **Sürman, Dr.** (gez.) **H. Löwe.**

## Budgetbericht der Polizeidirektion 1915.

Anlage 4.

## I. Gehalte.

Neu eingestellt sind:

500 Mark Zulage für den Kreisarzt.

Der vorjährige Begleitbericht der Polizeidirektion zu den Budgetanträgen stellte für dieses Jahr Anträge auf Verstärkungen mehrerer Abteilungen in Aussicht. Trotzdem eine Reihe dieser Anträge, insbesondere der Verkehrspolizei, der Kriminalpolizei und des Medizinalamtes, als dringend anerkannt werden müssen, werden wegen des Krieges alle diese Anträge um ein weiteres Jahr zurückgestellt.

Zu obigem Antrage wird das folgende bemerkt:

Die Polizeidirektion hält es für notwendig, alle ihre Beamten für die erste sachgemäße Hilfe bei Unglücksfällen ausbilden zu lassen. In anderen großen Städten sind die Polizeimannschaften schon seit Jahren zu dieser ersten Hilfeleistung befähigt. Im Winter 1913 und 1914 hat auf Wunsch der Polizeidirektion der hiesige Kreisarzt Dr. Weidanz in dankenswerter Weise einen kleinen Teil der Polizeimannschaften in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen unterrichtet. Er ist auch zur Heranbildung der übrigen Polizeimannschaften bereit. Da dieser Unterricht nicht an sich zu den Dienstobliegenheiten des Kreisarztes gehört, auch außerhalb seiner Dienststunden zu erfolgen hat und eine erhebliche Mehrarbeit bedeutet, ist es angemessen, künftig für diese Unterrichtstätigkeit ein Honorar zu bewilligen. Es erscheint für das Jahr die Summe von 500 M zu genügen. Es wird daher die Bewilligung der 500 M für den Kreisarzt beantragt.

Zu der auch in dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 3. Juni 1914 — Verhdlgn. S. 640 — angeregten Frage der Errichtung von Kanzlistenstellen im Distriktmelbedienst kann die Polizeidirektion im Einvernehmen mit der Beamtenkommission des Senats im Hinblick auf die jetzigen Zeitverhältnisse keine Stellung nehmen. Sie wird beim Budget 1916 auf diesen Gegenstand zurückkommen.

## II. Sachliche Ausgaben.

Auch hier werden begründete Anträge zurückgestellt.

Zu 3. Mehr eingestellt sind 2000 M an Betriebskosten für im letzten Jahre hinzugekommene Bedürfnisanstalten und außerdem 5000 M an Betriebs- und

Unterhaltungskosten für die vom Verein für Flußbäder übernommene Badeanstalt an der Börjensbrücke. (S. vorjährige Verhandlung.)

- Zu 8. Nach einer Mitteilung der Stadtbremischen Armenpflege sind 2500 *M* mehr erforderlich.
- Zu 18. Der Betrieb der Woltmershauser Fähre hat sich so vermehrt, daß ein Polizeiposten an jeder Seite des Stromes häufig nicht imstande ist, den Verkehr zu regeln. Es ist daher notwendig, dem Schutzmann Gelegenheit zu geben, Unterstützung herbeizurufen; das kann nur mit Telephon so geschehen, daß die Hilfe rechtzeitig eintreffen kann. Es muß auf jeder Seite der Weser eine Telephonanlage hergestellt werden, deren Kosten sich nach den Anschlägen der Feuerwehr auf 599,40 *M* und 472,60 *M*, zusammen also auf 1072 *M* belaufen werden. Für den im Distrikt VII neu errichteten Stehposten muß ein Stehpostentelephon angelegt werden, dessen Kosten sich nach dem Bericht der Feuerwehr auf 372,50 *M* belaufen.

Bremen, den 30. Dezember 1914.

Die Polizeidirektion.

(gez.) **Buff.**

Anlage 5.

### Budgetbericht der Zollverwaltung für 1915.

#### A. Einnahmen.

- Zu I. Die Vergütungen des Reiches nach dem Zollverwaltungskostenetat gründen sich auf die für jede Beamtenklasse für einen jeweilig dreijährigen Zeitraum ermittelten Durchschnittssätze der Besoldungen, auf die daraus nach feststehenden Hundertsteln berechneten Kosten für Bureaubedürfnisse und für räumliche Unterbringung der Beamten, auf Kosten für Bezirksbereisungen, auf Umzugskosten und Mietentschädigungen bei Versetzungen sowie auf die zu zahlenden Ruhegehälter der Beamten nebst Witwen- und Waisengelder. Ihrer Natur nach werden daher diese Einnahmen durch die Kriegslage nicht beeinflusst, dagegen werden die besonders aufzurechnenden Zollverwaltungskosten, die zum größten Teile aus Vergütungen für besondere Dienstleistungen bestehen, für welche die Abgabepflichtigen besondere Gebühren zu zahlen haben, sofern der Krieg auch im Rechnungsjahre 1915 noch fortbestehen sollte, sich vermindern. Es würde aber hierbei der Mindereinnahme eine entsprechende Minderausgabe gegenüberstehen.

Die Vergütungen für Verwaltung und Erhebung der Reichssteuern werden nach den in den betreffenden Gesetzen oder in den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen festgesetzten Hundertsteln von der Rohsolleinnahme berechnet und sind daher von den Einnahmen der betreffenden Abgabeweige abhängig. Sollte daher die Kriegslage auch im Rechnungsjahre 1915 fortbestehen, so wird eine Minderung oder wenigstens keine Steigerung der Einnahmen an Reichssteuern zu erwarten sein. Im Hinblick hierauf sind als Vergütungen für Erhebung und Verwaltung der Reichssteuern, soweit nicht nachstehend geringere oder höhere Beträge angegeben sind, die gleichen Beträge wie im Rechnungsjahre 1914 eingestellt worden.

- Zu I 1 a. Die vom Reiche zu vergütenden etatsmäßigen Zollverwaltungskosten, Titel I bis VI des Zollverwaltungskostenetats, werden sich unter Berücksichtigung der für den dreijährigen Zeitraum vom 1. April 1914 bis 31. März 1917 vorläufig ermittelten Gehaltsdurchschnittssätze auf 2 175 768,50 *M* stellen, abgerundet auf 2 175 700 *M*, die in Ansatz gebracht sind.

- Zu I 1 b. Die besonders aufzurechnenden Zollverwaltungskosten betragen:

1911	68 479,31 <i>M</i>
1912	82 955,35 "
1913	84 019,40 "

Wenngleich in den bezeichneten beiden letzten Rechnungsjahren eine wesentliche Steigerung gegenüber dem Rechnungsjahre 1911 eingetreten ist, so wird beim Aufhören der Kriegslage kaum zu erwarten sein, daß der Schiffsverkehr, aus dem in nicht geringem Maße Vergütungen für besondere Dienstleistungen entstehen, im früheren Umfange sogleich eintreten wird. Es sind daher nur 70 000 *M* in Ansatz gebracht.

- Zu I 2 a. Da die Einnahme an Tabaksteuer in den Rechnungsjahren 1912 und 1913 sich etwas gehoben hat, eine Minderung in der Verwendung inländischen Tabaks voraussichtlich nicht zu erwarten steht, so sind an Vergütungen für Erhebung und Verwaltung 100 *M* mehr als im Vorjahre eingestellt.
- Zu I 2 b. Die Einnahme an Zigarettensteuer ist durch Errichtung einer größeren Zigarettenfabrik hier nicht unwesentlich gestiegen, so daß die Vergütung für Erhebung und Verwaltung, die im Rechnungsjahre 1912 2395,27 *M* betrug, im Rechnungsjahre 1913 auf 3683,73 *M* und im I. Halbjahr des Rechnungsjahres 1914 auf 3439,26 *M* stieg. Im Hinblick auf diese Steigerung sind daher 5000 *M* eingestellt.
- Zu I 2 d. Bei dem ständigen Rückgange des bremischen Brennereibetriebs sind die Vergütungen für Erhebung und Verwaltung von 38 000 *M* auf 37 000 *M* herabgesetzt.
- Zu I 2 k. Die Einnahmen an Spielkartenstempel für die aus dem Auslande eingeführten Spielkarten haben vom Rechnungsjahre 1911 ab bis jetzt ständig abgenommen, so daß als Vergütung für Verwaltung und Erhebung nur 6 *M* in Ansatz gebracht sind.
- Zu II. Die Einnahmen, die für alleinige Rechnung Bremens erhoben werden, sind mit Ausnahme von Verwaltungskostenbeiträgen Gewerbetreibender für Gestellung ständiger Beamten von untergeordneter Bedeutung und werden mit Ausnahme der Einzelgebühren durch die Kriegslage, sofern sie auch im Rechnungsjahre 1915 noch bestehen sollte, keine sehr wesentliche Einbuße erleiden.
- Zu II 2 a. An Verwaltungskostenbeiträgen sind die für 34 ständig in Gewerbebetrieben beschäftigte Beamte errechneten Beträge eingesetzt. Von zwei Gewerbebetrieben ist die Zurücknahme von zusammen 5 Zollaufsehern, die in anderen freigewordenen Stellen untergebracht werden, wegen mangelnder Beschäftigung beantragt. Falls die Verhältnisse im Rechnungsjahre 1915 die ständige Gestellung dieser 5 Zollaufseher nicht erfordern, würden sich die Einnahmen um 12 958 *M* vermindern. Dieser Mindereinnahme würde eine Minderausgabe an Gehalt und Dienstbekleidungszuschuß für 5 unbesetzt bleibende Zollaufseherstellen gegenüberstehen.
- Zu II 2 b. Die Einnahmen an Einzelgebühren sind im Hinblick darauf, daß eine Minderung der außerordentlichen Abfertigungen anzunehmen ist, von 8000 *M* auf 7000 *M* herabgesetzt.
- Zu II 3. Die Mehreinnahme an Mieten gegenüber dem im Rechnungsjahre 1914 in Ansatz gebrachten Betrage ist darauf zurückzuführen, daß, abgesehen von den eingetretenen Alterszulagen 2 Oberbeamte infolge Versetzung in andere Stellen den höheren Prozentsatz an Wohnungsmiete zahlen müssen, außerdem eine Dienstwohnung für einen Zollamtsdiener im neuen Zollgebäude an der Tiefsee hinzugekommen ist.
- Zu II 5. Mit Rücksicht auf die Mindereinnahme im Vorjahre und im I. Halbjahr des Rechnungsjahres 1914 sind rund 900 *M* weniger eingestellt.

#### B. Ausgaben.

- Zu A I 29. Infolge der wesentlichen Mehrarbeiten bei den Reichsstempelabgaben ist der eine Oberzollkontrolleur bei der Rechnungsstelle der Zolldirektion, dem außer der Nachprüfung der Reichsstempelabgabenbücher die einschläglichen Arbeiten in den Reichserbschaftssteuer- und Zuwachsteuerfällen

obliegen, nicht mehr imstande, die Arbeiten zu erledigen, so daß schon gegen Ende des Rechnungsjahrs 1913 eine besondere Hilfskraft herangezogen werden mußte. Es war daher die Errichtung einer neuen Oberzollkontrollleurstelle sowie zur Entlastung des Oberrechnungsinspektors die Umwandlung einer Oberzollkontrollleurstelle in eine Oberzollrevisorstelle in Aussicht genommen. Mit Rücksicht auf die Kriegslage ist dies unterblieben und soll zunächst weiter versucht werden, durch eine Hilfskraft die erforderlichen Arbeiten zu erledigen. Außerdem wird sich bei Wegfall der Kriegslage die Annahme einer weiteren Schreibhilfe und einer Hilfskraft für die zunehmenden Zollamtsdienergeschäfte nicht umgehen lassen (zu vergl. auch Mitteilung des Senats vom 30. 1. 1914, Verhdlg. 1914 S. 94, B. Ausgaben zu A I 29).

Es ist daher der gleiche Betrag wie im Vorjahre eingestellt worden.

- Zu A II 1. Die Kosten für Dienstreisen sind gegenüber dem Vorjahre um 200 *M* herabgesetzt.
- Zu A II 3 und 5. Die Bureaukosten sind um 200 *M* höher in Ansatz gebracht als im Vorjahre, dagegen die Kosten für Vermischtes und Unvorgeesehenes um rund 300 *M* herabgesetzt. Infolge Steigerung der Kohlenpreise und infolge Vermehrung der Diensträume haben sich die Kosten für Heizung vermehrt.
- Zu A II 7, III c 5 und B V 7. Die Hausarbeitsvergütungen an Zollamtsdiener, die im Vorjahre als erstmalig nach den Vorermittlungen nur anschlagsweise in Anschlag gebracht waren, sind jetzt nach den genaueren Ermittlungen eingestellt worden.
- Zu B I 381 und 526 bis 528. Am Hafen II des hiesigen Zollausschlußgebiets sind zwei neue Schuppen, die die Nummern 16 und 18 führen sollen, im Bau begriffen. Sie werden vorwiegend dem Verkehr mit zollfreien Massengütern (Baumwolle, Wolle, Kleie usw.) dienen, jedoch auch nach Bedarf zur Abfertigung zollpflichtiger Waren (Tabak, Kaffee, Holz usw.) verwendet werden. Auch die Ausfuhr wird voraussichtlich für einen Teil des Warenverkehrs diese Schuppen in Anspruch nehmen, weil die Schiffahrtsgesellschaft Roland ihren Betrieb von Schuppen 13 nach dem neuen Schuppen 18 verlegen will. Bei der Größe der Schuppen und auch bei der großen Entfernung von den Toren läßt sich die Errichtung einer besonderen Zollrevisionsstelle in jedem Schuppen nicht umgehen, zumal auch die Beamten aus den anderen Schuppen zur Bewältigung des Warenverkehrs in den beiden neuen Schuppen und auf dem künftigen Freiladepiaz hinter dem Schuppen 18 nicht herangezogen werden können. Mit Rücksicht auf die Art des Warenverkehrs genügen bis auf spätere Erfahrungen für die Besetzung dieser beiden neu zu errichtenden Zollstellen 1 Zollassistent und 3 Zollauffeher.

Der Reichsbevollmächtigte für Zölle und Steuern hat sich mit der Errichtung dieser vier neuen Beamtenstellen unter Übernahme auf den Zollverwaltungs-kostenetat einverstanden erklärt. Die Besetzung der Beamtenstellen wird jedoch erst in Frage kommen, wenn nach Bewilligung des Haushaltzplans der Verkehr im Hafen wieder voll aufgenommen werden kann.

- Zu B IV 2. Da anzunehmen ist, daß die außerordentlichen Abfertigungen, wenn der Krieg aufgehört hat, im Rechnungsjahre 1915 nicht in dem früheren Umfange sofort erfolgen werden, so ist dieser Ausgabefonds um 10 000 *M* gegen das Vorjahr herabgesetzt. Den Ausgaben hier stehen entsprechende Einnahmen für außerordentliche Abfertigungen gegenüber.
- Zu B V 1 und 3. Die Geschäftskosten der Hauptzollämter sind gegenüber dem Vorjahre mit einem um 4600 *M* höheren Betrage eingestellt, weil das neue Zollgebäude am Industriehafen mit Zentralheizung und die beiden neu zu errichtenden Zollrevisionsstellen in den Schuppen 16 und 18 am Hafen II hinzutreten, die Preise für verschiedene Gegenstände, insbesondere für Heizstoffe, gestiegen sind, auch die Fernspreckgebühren durch Schaffung von Anschlüssen im Zollausschlußgebiet größer geworden sind, sowie die Haupt-

zollämter nach der neuen Geschäftskostenordnung für die bremischen Hauptzollämter einen Teil der Ausgaben für Neubeschaffung, Unterhaltung und Ergänzung von Dienstgeräten, die früher aus B V 3 bestritten wurden, aus den ihnen zur selbständigen Verwaltung überwiesenen Geschäftskosten zu leisten haben. Es hat daher B V 3 eine Herabsetzung gegenüber dem Vorjahre erfahren.

Zu B 5 und X 1. Bei diesen Ausgaben handelt es sich fast ausschließlich um solche, die dem Reiche gegenüber besonders aufgerechnet werden. Eine Herabsetzung dieser Ausgaben im Hinblick auf die Kriegslage würde eine solche der Einnahmen bei I 1 b bedingen.

Zu B VII. Diese Ausgaben entstehen fast ausschließlich aus Verletzungen der auf dem Zollverwaltungskostenetat stehenden Zollbeamten und finden ihre Deckung in den Einnahmen bei I 1 a. Eine Herabminderung dieser Ausgaben würde auch eine solche bei den vorbezeichneten Einnahmen voraussetzen.

Zu B X 3. Eine Herabsetzung dieser Ausgaben wird nicht vorgenommen werden können, da sie zum größten Teile aus den für Versicherung der Dienstgegenstände gegen Feuerchäden und der Schiffsabfertigungspontons gegen Schäden zu zahlenden Prämien bestehen.

Bremen, den 7. Januar 1915.

Die Senatskommission für Zollangelegenheiten.

(gez.) **Nebelthau.**

#### Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

Anlage 6.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, überreicht anbei ihr Budget für 1915 unter Bezugnahme auf die beifolgenden Berichte der Straßenbauämter I und II, des Deich- und Wegbauamtes, der Verwaltung der Straßenreinigung und des Kanalbauamts.

Gemäß Beschluß von Senat und Bürgerschaft (1914 Verhdlgn. 1223, 1240) hat eine Zusammenfassung der Budgets des Deich- und Wegbauamts (einschließlich Torffanal, Kuhgraben, Waller und Gröpelinger Fleet, sowie Blocklander Entwässerung) und der Verwaltung der Straßenreinigung mit den Budgets der Straßenbauämter stattgefunden.

Wegen der Neu- und Umlagungen bestehender Straßen wird auf die Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft vom 25. April, 6. und 15. Mai, 12. und 24. Juni (1914, S. 474, 526, 612, 674, 817) verwiesen.

Die Zusammenstellung (Verhdlgn. 1914 S. 479) ändert sich wie folgt:

A.	Straßenbauamt I	.....	M	323 800	
A.	"	II	.....	"	247 600
					M 571 400
B.	"	I	.....	M	120 350
B.	"	II	.....	"	42 800
					" 163 150

Inbetriff der in den Verzeichnissen für Umpflasterungen vorhandener Straßen, sowie für Neuanlage von Straßen angegebenen Materialien müssen Änderungen vorbehalten werden, wenn sie sich als zweckmäßig erweisen sollten.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) **Rassow.** (gez.) **Dr. Voettcher.**

#### Bericht des Straßenbauamts I.

Unteranlage 1.

##### A. Ordentliche Einnahmen.

Mit Rücksicht auf die Zeitläufe und den damit in Verbindung stehenden Rückgang der allgemeinen wirtschaftlichen Lage haben die Positionen 1, 2 und 3 um insgesamt 3500 M niedriger eingestellt werden müssen.

## B. Außerordentliche Einnahmen.

Aus demselben Grunde sind die Beiträge für Straßenanlagen um 5000 M geringer eingestellt.

## C. Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehalt- und jahrgeldberechtigten Beamten sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen eingesezt. Die Erhöhung durch Alterszulagen beträgt 1685 M.

Die genehmigte Kanzleihilfenstelle ist dem bisherigen Schreiber Hünecke am 1. Juni 1914 übertragen. Mit Rücksicht auf seine bisherigen Gehaltsverhältnisse sind ihm zwei Alterszulagen gewährt worden.

Für die Schreiber sind die nach den Bestimmungen zulässigen Zulagen eingesezt.

Für den zur Ableistung seiner Militärpflicht am 6. Oktober 1914 einberufenen Schreiber Ahrens ist der bisherige außerordentliche Hilfschreiber Schütt am 1. November d. Js. mit einem Gehalt von 1080 M angestellt.

Die Positionen „Bedienung der Schreibmaschine“ und „Bedienung der Fernsprechzentrale“ sind entsprechend der Gehaltssteigerung für die hier in Frage kommenden Beamtinnen um 50 und 100 M erhöht.

## D. Sachliche Ausgaben.

Zu den sachlichen Ausgaben ist hier besonderes nicht zu bemerken, da sich die Beträge in den bisherigen normalen Grenzen halten und besondere Positionen nicht eingesezt sind.

## E. Neuanlage von Straßen.

Es sind mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage nur besonders wünschenswerte Positionen eingesezt, deren Begründung aus der Zusammenstellung zur Genüge ersichtlich ist.

Der Staatsbaurat.

(gez.) **Zaleski.**

Unteranlage 2.

## Bericht des Straßenbauamts II.

## A. Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehalt- und jahrgeldberechtigten Beamten des Straßenbauamts II sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen unter I 1—14 eingestellt. Infolge Alterszulagen tritt eine Erhöhung gegen das Jahr 1914 um 1391,67 M ein.

Pos. 4. Die Kanzleihilfenstelle ist noch nicht besetzt. Auf Beschluß der Baudeputation vom 11. Mai 1914 soll der Kanzleihilfe Sanft (Bremerhaven) vom Hochbauamt II dem Straßenbauamt II für diese Stelle überwiesen werden, sobald für Sanft Ersatz beschafft ist. Sanft ist zum Heere eingezogen, ebenso sein vorgesehener Nachfolger. Die Stelle ist daher noch nicht besetzt, aus dieser Position wird erforderlichen Falls eine Hilfskraft bezahlt werden.

Die Position 16, Bedienung der Schreibmaschine, ist um 100 M erhöht worden.

## B. Sachliche Ausgaben.

Pos. 5) Brücken. Eingestellt sind die neu hinzugekommenen Brücken: Melchersbrücke im Zuge der Ringstraße, Brücke über das Bahrer Fleet im Zuge der Kurfürsten-Allee und Brücke im Zuge der Wallerstraße. Der Betrag für Unterhaltung ist nicht erhöht worden.

## C. Neuanlage von Straßen.

Die Vorschläge sind auf das Äußerste beschränkt worden.

Der Staatsbaurat.

(gez.) **Günther.**

## Bericht des Deich- und Wegbauamts.

Unteranlage 3.

## A. Wegbau.

## Ordentliche Einnahmen.

Die diesjährigen Beträge verändern sich nicht.

## Ordentliche Ausgaben.

## I. Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehaltsberechtigten Beamten erhöhen sich durch die fälligen Alterszulagen um 205 M.

Für den Schreiber Dietrichs ist die übliche Zulage von 100 M eingestellt.

Mit Rücksicht auf die vermehrte Schreibarbeit und die den Angestellten zu gewährenden Zulagen sind die Beträge für außerordentliche Schreibhilfe auf 1500 M und für Bedienung einer Schreibmaschine auf 1650 M erhöht worden.

Für die vom 1. Oktober d. J. ab übernommene Verwaltung des Wegeregisters und die Verwaltung der Plankammer ist das Gehalt des damit beschäftigten Zeichners, der im übrigen mit zeichnerischen Arbeiten beschäftigt wird, eingestellt. (Verhdlg. 1914. S. 101.)

Sonst sind keine Veränderungen gegen das Vorjahr eingetreten.

## II. Sachliche Ausgaben.

## 1) Unterhaltung der Heerstraßen, Brücken usw.

Es sind nur die Kosten für die durchaus notwendigen Unterhaltungsarbeiten an den Pflasterbahnen, Brücken, Kanälen, Gräben, Fußwegen, Baumpflanzungen usw. eingeseht. Von Neu- und Umlegungen des Pflasters ist ganz abgesehen.

## 2) Unterhaltungen des Grenzgrabens zwischen Borgfeld und Heidberg/Seebergen.

Für die Reinigung des mit Preußen gemeinschaftlich zu unterhaltenden Grenzgrabens werden im nächsten Jahre höchstens 100 M aufzuwenden sein.

## 3) Weg von der Wehrschleuse nach Habenhausen.

Der vorjährige Betrag von 500 M ist für die Unterhaltung des Weges wieder eingestellt.

## 4) Verwaltung.

Die Kosten für Beschaffung der Schreib- und Zeichenmaterialien und eines Aktenschranke, für die Unterhaltung der Geräte und Dienstfahräder, für Reisekosten, Fernspreckgebühren usw. sind auf 3000 M veranschlagt.

## 5. Dienstkleidung.

Die Beschaffung von 5 Dienstmützen für 3 Bauführer, den Wegaufseher und den Boten erfordert 25 M

## 6. Wasserverbrauch aus der städtischen Wasserleitung.

Die Kosten sind auf 300 M geschätzt.

## Außerordentliche Ausgaben.

Außerordentliche Anlagen sind nicht in Aussicht genommen.

## B. Torfkanal, Kuhgraben, Waller und Gröpelinger Fleet.

## Ordentliche Einnahmen.

Da die Einnahmen ständig zurückgehen, ist der vorjährige Betrag von 800 M auf 700 M herabgesetzt.

**Ordentliche Ausgaben.****I. Torfkanal.**

Die gewöhnliche Unterhaltung erfordert 2000 *M*

**II. Kuhgraben.**

Für die Unterhaltung des Grabens und der Schleuse bei Kuhfiel, für das Gehalt des Schleusenwärters und den Beitrag zu den Pumpkosten der Entwässerungsanstalt in Wasserhorst sind 2400 *M* eingestellt.

**III. Waller Fleet.**

Die gewöhnliche Unterhaltung erfordert 150 *M*

**IV. Gröpelinger Fleet.**

Die Kosten der gewöhnlichen Unterhaltung in den vom Staate zu reinigenden Strecken ist auf 200 *M* veranschlagt.

**C. Blocklander Entwässerung.****Ordentliche Einnahmen.**

Nach dem Vertrage vom 16. Oktober 1911 sind vom Blocklander Abwässerungsverbande zu zahlen die in der Zeit vom 1. November 1912 bis 31. Oktober 1913 entstandenen Betriebskosten mit 18 202,87 *M* und für Tilgung und Verzinsung des Anlagekapitals 6600 *M*, im ganzen also 24 802,87 *M*. Von dieser Summe sind für vermehrte Kesselabnutzung und für stärkere Inanspruchnahme der Maschinen und Pumpen infolge der Ableitung der städtischen Verbrauchsabwässer in das Blockland 8000 *M* abzusetzen, so daß der Verband im Jahre 1915 zu zahlen hat: 24 802,87 — 8000 = 16 802,87 *M*.

**Ordentliche Ausgaben.****I. Gehalte und Löhne.**

Die diesjährigen Beträge sind wieder eingestellt.

**II. Sachliche Ausgaben.**

Für die Unterhaltung der Maschinen, der Kessel und des Inventars werden etwa 3000 *M* erforderlich sein.

Im übrigen sind dieselben Beträge wie in diesem Jahre vorgesehen.

Der Staatsbaurat.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Unteranlage 4.

**Bericht der Verwaltung der Straßenreinigung.****I. Ordentliche Einnahmen.**

Bei der Position 8 sind 360 *M* mehr eingestellt; die Ländereien in der Vorstadt Walle bringen 160 *M*, in Lehe 200 *M* Mehrpacht ein. Position 11 ist neu eingestellt. Die in dem neuen Kammergebäude auf Fuhrparkstelle 1 eingerichtete Wohnung ist an einen Arbeiter der Straßenreinigung für 200 *M* pro Jahr vermietet.

**II. Ordentliche Ausgaben.****A. Gehalte und Löhne.**

Die Gehälter der ruhegehaltsberechtigten Beamten erhöhen sich durch Alterszulagen um 232,50 *M*,

desgleichen der jahrgeldsberechtigten Beamten um 100 *M*,

„ die Löhne für Fahrer und Arbeiter um 2292 *M*.

**B. Sachliche Ausgaben.**

Die Positionen 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 11 sind mit denselben Beträgen wie im Vorjahre eingestellt. Es ist noch nicht zu übersehen, ob bei einzelnen

Positionen, namentlich für Pferde, Futter, Streu, Eisen zc. nicht mit erheblichen Preissteigerungen zu rechnen ist; es müssen daher Anträge auf Nachbewilligung vorbehalten bleiben.

Die Pos. 6 ist um 1500 M erhöht; bei derselben werden die Kosten an Kraftstrom für die Automobilfahrzeuge verrechnet.

Die Pos. 10 ist auf Grund der Erfahrungen der letzten 3 Jahre um 10 000 M ermäßigt.

### C. Einmalige Ausgaben.

Zum Budget 1914 war die Anschaffung einer Automobilwaschmaschine und einer Automobilkehrmaschine von Senat und Bürgerschaft beschlossen worden (Spezialbudget Nr. 68. S. 65). Mit Rücksicht auf den Kriegszustand wurde der Ankauf vertagt. Es wird beantragt, den vorgesehenen Betrag von 22 500 M für den genannten Zweck in Restverwaltung zu nehmen.

Infolge Vergrößerung der zu besprengenden Flächen und als Ersatz für alte von dem früheren Unternehmer Alfes übernommene Sprengwagen sind 5 neue Sprengwagen erforderlich.

Für eine elektrische Lichtanlage auf der Fuhrparkstelle 3, Schlachthofstraße, werden 2600 M beantragt. Die übrigen 4 Fuhrparkstellen haben bereits derartige Anlagen; sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als auch im Interesse der Feuer-sicherheit ist die Herstellung erforderlich.

### Der Inspektor der Straßenreinigung.

(923.) Freitag.

### Bericht des Kanalbauamts.

Unteranlage 5.

#### I. Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehalts- sowie jahrgeldsberechtigten Beamten sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen eingestellt. Infolge der Alters- und Gehaltzulagen tritt in diesen Positionen gegen das Jahr 1914 eine Erhöhung von 1 083,33 M ein.

Das Gehalt des Schreibers Möller ist mit Rücksicht auf die fällige Alterszulage um 100 M auf 2050 M erhöht.

Die zurzeit im Bau begriffenen 3 neuen Kanalpumpwerke werden voraussichtlich zum 1. April 1915 in Betrieb genommen werden können.

Die Kläranlage im Blocklande, Kläranlage und Schöpfwerk an der Wallerstraße, sowie das Schöpfwerk am Hafenburger See werden alsdann außer Betrieb gesetzt.

Es sind alsdann an Maschinenpersonal insgesamt erforderlich:

3 Maschinenmeister, Gehaltsklasse 12, 2100—3400 (1 zu 300, 5 zu 200), mit Ruhegehaltsberechtigung,

4 Maschinisten, Gehaltsklasse 9, 1900—2600 (5 zu 140), mit Jahrgeldsberechtigung,

6 Maschinisten 2. Klasse, Gehaltsklasse 5a, 1500—2200 (5 zu 120, 1 zu 100, mit Jahrgeldsberechtigung.

Bei sämtlichen Stellen sind 10 % für Dienstwohnungen in Anrechnung zu bringen.

In dem Budget 1914/15 sind hiervon bereits geführt:

3 Maschinisten, Gehaltsklasse 9, mit Jahrgeldsberechtigung.

Es sind demgemäß neu eingestellt:

3 Maschinenmeister mit 2100, 10 % für Wohnung,

1 Maschinist mit 1900, 10 % für Wohnung,

6 Maschinisten 2. Klasse mit 1500, 10 % für Wohnung.

Der Betrieb der neuen Pumpwerke stellt an das gesamte Maschinenpersonal erheblich höhere Anforderungen, als es in den bis jetzt betriebenen Pumpwerken des Kanalbauamts der Fall ist. Die Pumpwerke umfassen einen

umfangreichen, nach dem neuesten Stand der Technik eingerichteten Betrieb. Die Pumpen werden mit elektrischen- und Ölmotoren angetrieben. Außer den Pumpen mit den zugehörigen Motoren sind auf jedem Pumpwerk 2 elektrisch angetriebene Rienschleife Reinigungsscheiben sowie elektrisch angetriebene Bagger zum Reinigen der vor den Scheiben angeordneten Sandfänge zu bedienen.

Mit Rücksicht auf die große Bedeutung einer ordnungsmäßigen und gewissenhaften Betriebsführung auf den Pumpwerken empfiehlt es sich, den Maschinenmeistern Beamteneigenschaft zu geben und dem übrigen Maschinenpersonal die Jahrgeldsberechtigung zu erteilen.

Die für die Bedienung der Schreibmaschine eingestellten Mittel sind auf 1420 M erhöht mit Rücksicht auf die fällige Alterszulage der Maschinenschreiberin und auf sonstige Auslagen.

Die Position 19 Außerordentliche Hilfsarbeit ist mit 3301,67 M festgesetzt, entsprechend dem zu erwartenden Bedarf.

## II. Sachliche Ausgaben.

Die Beträge für 5): Kläranlage und Schöpfwerk an der Wallerstraße, sowie für 12): Wasserverbrauch zum Spülen der Kanäle, sind entsprechend den Ausgaben im Rechnungsjahre 1913/14 um 4500 M und 14 000 M ermäßigt.

Die unter 4, 5 und 7 aufgeführten Pumpwerke werden bei der Inbetriebnahme der 3 neuen Pumpwerke außer Betrieb gesetzt.

Da sich der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Pumpwerke, sowie deren Betriebskosten noch nicht mit Sicherheit übersehen lassen, so sind noch die alten Pumpwerke mit den für sie erforderlichen Beträgen eingesetzt. Diese Beträge von insgesamt 95 500 M werden für die Betriebskosten der neuen 3 Pumpwerke voraussichtlich ausreichen.

Auf Ersuchen der Deputation für das Gesundheitswesen sind die an diese zurückzuerstattenden Beträge unter 17 erhöht worden

a. Gehalt eines Biologen um 500 M,

b. Unterhaltung und Betrieb eines Motorbootes um 1200 M.

Ferner ist für die Beschaffung von Sammlungsschränken ein Betrag von 600 M eingesetzt worden.

Der Staatsbaurat.

S. B.:

(gez.) **Stühling.**

Sämtliche Budgets der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, sind geprüft und geben zu Bemerkungen keine Veranlassung.

Die Baudirektion, Abteilung Tiefbau.

(gez.) **Graepel.**

Anlage 7.

## Budgetbericht der Deputation für die Stadterweiterung.

Zu dem Budget der Deputation ist zu bemerken:

### I. Einnahmen.

Für die Positionen 1 und 3 sind die gleichen Beträge des Vorjahres wieder eingestellt, während die Position 2 wegen der voraussichtlich geringeren Einnahmen um 2500 M niedriger eingestellt ist.

### II. Ausgaben.

1) Gehalte. Durch den Abgang des Städtebaumeisters Muesmann ist diese Stelle zurzeit nicht besetzt, ebenso sind die durch den Tod des 1. Vermessungsbeamten Meier und des Vermessungsgehilfen Schierloh zurzeit unbesetzten Stellen vorab nicht wieder besetzt worden, ferner auch nicht die durch Beförderung von zwei Schreibern zu Kanzleigehilfen frei gewordenen zwei Schreiberstellen. Die Gehalte

für den 1. Vermessungsbeamten und den Vermessungsgehilfen sind in das Budget eingestellt, während für die Städtebaumeisterstelle und die beiden Schreiberstellen die Gehalte bis auf weiteres nicht eingestellt sind.

Für die Beamten Vermessungsbeamten Harting, Wiemken, Kanzleigehilfen Müller, Planamnerverwalter Wunderlich, 1. Zeichner Kröner und für die Angestellten, Zeichner Bernert, Pflug und Ortman treten im nächsten Rechnungsjahre Alterszulagen ein. Für den Bureauvorsteher Stadtkander, Vermessungsbeamten Häger, Kanzlisten Busch, Buchhalter Soller und Zeichner Beuermann sind im Laufe dieses Rechnungsjahres bereits Alterszulagen eingetreten, die für das nächste Rechnungsjahr voll eingesetzt werden müssen. Der hierdurch erforderliche Mehrbetrag beträgt 1625 M. Für die Position „Hilfskräfte“ unter I C sind 46 000 M eingestellt, gegen das Vorjahr 53 000 M.

2. Sachliche Ausgaben. Die hierfür eingestellten Beträge sind gegenüber dem Vorjahre ermäßigt worden, und zwar sind auf Position II 1 a für Regulierung von Baulinien statt 60 000 M nur 40 000 M, auf Position II 1 b statt 1000 M nur 500 M und auf II 2 für Tagelöhne, Fahr- und Reisegeelder usw. statt 8300 M nur 7000 M eingestellt. Die für die übrigen Positionen der Sachlichen Ausgaben eingesetzten Beträge müssen in gleicher Höhe wie in dem Vorjahre beibehalten werden.

Die Deputation für die Stadterweiterung.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **J. Lauts.**

#### Bericht des Wasserbauamts.

Anlage 8.

Beifolgend überreiche ich ergebenst den Entwurf des Budgets der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Wasserbauamts für das Rechnungsjahr 1915 nebst einem Verzeichnis der jahrgeldberechtigten Angestellten mit folgendem Bericht.

#### Ordentliche Einnahmen.

Es sind die annähernd zutreffenden Beträge des Vorjahres wieder eingestellt. Durch die von der Deputation für die Unterweserkorrektur beschlossene, am 1. April 1915 in Kraft tretende Erhöhung des Sandpreises auf 1,50 M für das cbm wird wahrscheinlich eine größere Einnahme erzielt werden; es empfiehlt sich aber, bevor ein höherer Betrag eingestellt wird, das Ergebnis des Rechnungsjahres 1915 abzuwarten.

#### Ordentliche Ausgaben.

##### I. 1) Gehalte.

Der Buchhalter Fölser ist am 1. November d. J. in den Ruhestand getreten; die Stelle ist unter N. N. mit dem Anfangsgehalt eingestellt worden.

Bei den Gehalten sind die fällig werdenden Alterszulagen eingestellt. Für die Schreiber Borchers und Müller ist gemäß der Anweisung des Senats, betreffend die Verhältnisse der Schreiber, eine Zulage von je 100 M berechnet. Die Gehaltszulagen betragen im ganzen 601,66 M. Neuaufgenommen ist die Position Hilfsarbeit mit 1500 M; dieser Betrag ist bisher in der Position II. 1) e Unkosten, mitenthalten gewesen.

Von den jahrgeldberechtigten Angestellten ist der Matrose Steinforth am 31. August d. J. in den Ruhestand getreten. Von den Ruhegehaltsempfängern sind gestorben:

1) Bureauvorsteher Szlatohlavec im November d. J.

2) Heizer Kliemisch im Januar d. J.

Der Wiederbesetzung verschiedener Vakanzposten wird erst nach Beendigung des Krieges näher zu treten sein. Von diesen Stellen werden aber mit Sicherheit die in dem anliegenden Verzeichnis der jahrgeldberechtigten Angestellten unter Nr. 6, 16, 17, 39, 40 und 41 aufgeführten Stellen eines Schlangemeisters, zweier Baggerführer und dreier Matrosen im Rechnungsjahr 1915 noch nicht besetzt werden; für diese Posten sind daher die Gehalte nicht ausgeworfen worden.

## I. 2) Dienstkleidung für 2 Stromwächter und 1 Boten.

Gemäß einem bei der vorjährigen Budgetberatung geäußerten Wunsche ist der Betrag für Dienstkleidung, der bisher vom Titel II. 1) e. Unkosten, bestritten wurde, besonders aufgeführt worden. Für die im Rechnungsjahr 1915/16 erforderlichen Anschaffungen sind 250 M eingesezt worden.

## II. Sachliche Ausgaben.

## Position 1) b. Baggerarbeit.

Es ist der vorjährige Betrag von 100 000 M wieder eingestellt worden; die geringe Ausgabe des Jahres 1913 ist darauf zurückzuführen, daß die Kosten der für andere Behörden und für Private ausgeführten Arbeiten diesem Fonds als abzusehende Einnahmen wieder zugeführt werden. Im laufenden Budgetjahre sind wieder umfangreiche Arbeiten für Behörden und Private ausgeführt worden, auch hat die Weser wieder größere Mengen Sand gebracht, so daß der im vorigen Jahre auf 100 000 M herabgesetzte Betrag für Baggerungen und die damit zusammenhängenden Unterhaltungsarbeiten in dieser Höhe beibehalten werden muß.

## Position 1) c. Unterhaltung der Bagger usw.

Für gewöhnliche Unterhaltung der Bagger usw. ist der zutreffende vorjährige Betrag von 35 000 M angesetzt worden; in diesem Betrage sind mitenthalten die Kosten für das Docken der Dampfer Bremen und Lesum (250 + 250 M), der Bagger 3, 4 und 6 (150 + 150 + 550 M) und der Elevatoren Nr. 1, 2, 3 und 4 (zus. 1000 M). Zugesezt worden sind 10 000 M für Änderung des Baggers Nr. 7, so daß sich die Position 1) c. auf 45 000 M stellt.

Bagger Nr. 7 hat nur eine Baggertiefe von 7 m. Die weitere Vertiefung der Unterweser macht demnächst eine Vertiefung der Weser in der Stadt erforderlich, zu welchem Zwecke mindestens einer der beiden großen Bagger des Wasserbauamts so umgebaut werden muß, daß er 8½ m tief baggern kann, weil er sonst bei Hochwasser stilliegen muß. Mit der erforderlichen Änderung kann nicht länger gewartet werden.

Position 1) e<sup>1</sup>. Unterhaltung der Werke und Geräte, Pegelbeobachtungen.

Der bisher eingestellte Betrag von 58 480 M ermäßigt sich um die jetzt unter I. 1) Hilfsarbeit, I. 2) Dienstkleidung, II. 1) g<sup>1</sup> Fernsprecher, Zeitungen und Bekanntmachungen usw. aufgeführten Beträge von 1500 + 250 + 600 M, so daß sich diese Position jetzt auf 56 130 M oder rund 56 000 M stellt.

Position 1) g<sup>1</sup>. Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Diensträume Werderstraße 3, Bureaubedarf, Inventar, Fernsprecher, Zeitungen, Bekanntmachungen und Verschiedenes, Reisekosten.

Der im Vorjahre eingestellte Betrag von 1900 M hat sich nach den Ausgaben in den Vorjahren als unzureichend herausgestellt und ist deshalb um 500 M erhöht worden. Ferner sind zugesezt worden 600 M für die bisher aus dem Titel II. 1) e. Unkosten, bezahlten Beträge für Fernsprecher, Zeitungen und Bekanntmachungen usw., so daß sich der Gesamtbetrag dieser Position auf 3000 M stellt.

Position 1) g<sup>2</sup>. Wasserbedarf für die Diensträume.

Der im Vorjahre eingestellte Betrag von 100 M ist auf 50 M ermäßigt worden, weil die bisher von diesem Fonds bezahlte Wassermessermiete von 40 M und der Wasserverbrauch für einen auf dem Bauhof befindlichen Hydranten fortan von der Baudirektion übernommen wird.

Die Gesamtsumme des Ausgabebudgets beträgt 539 475 M gegen 543 195 M im Vorjahre.

Nichts zu bemerken gefunden.

(gez.) **Sinzig.**

Die Baudirektion,  
Abteilung Strom- und Hafenbau.

10. 11. 14.

(gez.) **Ed. Suling.**

Bericht zum Haushaltsplan der Deputation für Häfen und Eisenbahnen für das Rechnungsjahr 1915. Anlage 9.

Allgemeines.

Durch den Krieg ist die Schätzung der Einnahmen sehr schwierig geworden. Da das Ende des Krieges nicht abzusehen ist, ist ungewiß, wann der Verkehr wieder einsetzt, und wie er sich entwickeln wird. Der Weg, den Haushaltsplan so aufzustellen, als ob im Jahre 1915 kein Krieg mehr sei, würde zu einem zu günstigen Voranschlag führen. Die Deputation hat es daher für angemessener gehalten, den Ausfall der Einnahmen abzuschätzen. Wieviel von den Einnahmen als ausfallend zu betrachten sein wird, hängt von der Natur der einzelnen Einnahmezweige ab. Die Abschätzung ist in der Form vorgenommen, daß die Einzelposten wie in Friedenszeiten aufgestellt, und am Schluß der bei verschiedenen Positionen des Krieges wegen eintretende Minderertrag, der im allgemeinen mit rd. 50 % ange setzt ist, besonders aufgeführt und abgezogen ist.

Nach diesem Grundsatz ist bei Aufstellung des Haushaltsplans für 1915 verfahren worden.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Häfen und Eisenbahnen in der Stadt,

ausschließlich des Zollauschlußgebiets, des Holz- und Fabrikenhafens, sowie des Industrie- und Handelshafens.

Einnahmen. Pos. III, Weserbahnhof, erscheint mit demselben Anschlage wie im Vorjahre. Es ist davon abgesehen, am Schlusse des Einnahme-Voranschlags für den Weserbahnhof aus Anlaß des Krieges einen Abzug zu machen, da, wenn der Betrieb nicht im gewöhnlichen Umfange am 1. April 1915 wieder aufgenommen wird, auch an Arbeitslohn gespart wird.

Pos. V. 7. Für die Lösch- und Ladeanstalten an der Tiefer, deren Betrieb im laufenden Rechnungsjahre wieder eröffnet ist, sind schätzungsweise 17 000 M. eingestellt. Auch hier ist aus demselben Grunde wie für den Weserbahnhof kein Abzug aus Anlaß des Krieges gemacht worden.

Ausgaben. A. Eisenbahnanlagen in der Stadt.

II. Weserbahn und Weserbahnhof. Pos. 2. Die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung, die neben dem Eisenbahnbetriebe auch die Unterhaltung der Gleise auf dem Weserbahnhof wahrzunehmen hat, veranschlagt die Kosten auf 9200 M. Hinzuzurechnen sind die vertraglich zu zahlenden Verwaltungskosten mit 1150 M.

B. Häfen in der Stadt.

V. Kräne vor den Lösch- und Ladeanstalten an der Tiefer. Dieser Titel erscheint wieder, nachdem die baulichen Veränderungen des Schuppens fertiggestellt sind, und der Betrieb im Juli 1914 eröffnet worden ist.

C. Betrieb am Weserbahnhof.

II. Arbeitslohn. Hier sind gegen das Vorjahr 3500 M. mehr eingestellt, da sich der bisherige Anschlag als reichlich knapp erwiesen hat.

D. Betrieb der Lösch- und Ladeanstalten an der Tiefer.

Nachdem der Betrieb erst im Juli 1914 eröffnet worden ist, und sich daher zurzeit nähere Angaben über den künftigen Betriebsumfang nicht machen lassen, sind schätzungsweise 15 800 M. eingestellt.

Zollausflußgebiet, Holz- und Fabrikenhafen, sowie Industrie- und Handelshafen.  
Einnahmen. II. Betriebseinnahmen.

Pos. 1. Eingestellt sind 850 000 M, gegenüber 750 000 M im Vorjahre. In Friedenszeiten würde sich durch die Fertigstellung der neuen Kajeschuppen und der Getreideverkehrsanlage eine höhere Einnahme als in 1914 ergeben haben. Aus Anlaß des Krieges sind 550 000 M in Abzug gebracht, da davon auszugehen ist, daß bei der wahrscheinlichen Fortdauer des Krieges in das Jahr 1915 hinein nach einem günstigen Friedensschluß zunächst mit einem flotten Durchgangsverkehr zu rechnen sein wird, der den unlohnenderen Teil des Betriebes ausmacht. Die durch den Krieg hervorgerufene Verminderung aller Rohstoffe wird voraussichtlich bis zum Ende des kommenden Jahres kein lohnendes Lagergeschäft aufkommen lassen. Die Schätzung mußte dementsprechend niedriger gehalten werden.

Unter II 6 f ist eine neue Position eingestellt, welche die Zinsen für gestundete Kaufgelder enthält. Diese Einnahme ist bisher unter II 14) „Unvor-gesehene Einnahmen“ verrechnet. Für 1915 kommt ein Betrag an Zinsen von 32 820 M in Frage.

Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

II. Sachliche Ausgaben. Infolge notwendiger Vergrößerung der Fernsprechanlage kommen hinzu an Gebühren für die Reichspost und an Instandhaltungskosten zusammen 600 M, so daß die Position gegen das Vorjahr um diesen Betrag erhöht ist.

B. Eisenbahnbetrieb.

I. Gehalte und Löhne. Wegen der in Aussicht genommenen Inbetriebnahme des Verschiebebahnhofes beim Industrie- und Handelshafen muß das Eisenbahnbetriebspersonal vermehrt werden. Es ist hierbei berücksichtigt, daß ein Teil des im Zollausflußgebiete vorhandenen Personals wegen der zu erwartenden Entlastung infolge der Überleitung des Holzhasenverkehrs über den Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen abgegeben werden kann.

Es werden erforderlich:

- 4 Stationsassistenten,
- 1 Telegraphist,
- 1 Technischer Wagenmeister,
- 4 Wagenmeister für den Verschiebedienst,
- 1 Wiegemeister,
- 23 Weichensteller,
- 2 Lokomotivführer,
- 2 Lokomotivheizer,
- 4 Rangierer,
- 4 Koppler,
- 1 Hilfs Telegraphist.

Diese Stellen sind mit dem Anfangsgehalt eingesetzt.

Da jedoch beabsichtigt ist, den neuen Verschiebebahnhof erst gegen Ende des Krieges zu eröffnen, sind am Schlusse des Ausgaben-Voranschlags 50 % der Gehalte der neuen Eisenbahnbeamten in Abzug gebracht.

Ferner ist die neue Stelle eines Weichenstellers vorgesehen. Durch die auf Antrag der Deputation vom 24. April 1913 (Verhdlgn. 1913 S. 540 ff.) von Senat und Bürgerschaft genehmigte Diensterleichterung für die Weichensteller ist für das Stellwerk IV der Dreischichtenwechsel eingeführt. Der Dienst des dritten Weichenstellers ist bisher durch einen geprüften Hilfsweichensteller wahrgenommen worden. Diese Stelle ist jetzt dauernd zu besetzen.

Sodann hat die Deputation im laufenden Rechnungsjahre den Dienst des Lokomotivpersonals nach einem neuen Plan geregelt, wodurch auf jede Nachtdienstschicht ein voller Ruhetag gewährt wird. Diese Maßnahme hat zur Folge, daß je eine weitere Lokomotivführer- und -Heizerstelle neu zu schaffen ist.

Pos. „Sonstiges im Tagelohn stehendes Hilfspersonal“. Infolge der Eröffnung des neuen Verschiebebahnhofes beim Industrie- und Handelshafen reicht das vorhandene Hilfspersonal nicht mehr aus; es werden weiter erforderlich:

- 4 Hilfsstoppler,
- 4 Hilfsweichensteller,
- 2 Wagenschreiber,
- 2 Wagenreiniger,
- 8 Hemmschuhvorleger,
- 1 Hilfsbote im Arbeiterverhältnis.

Die Position ist daher entsprechend erhöht. Aus Anlaß des Krieges sind indessen am Schlusse des Ausgaben-Voranschlages 50 % in Abzug gebracht, dagegen 8000 M für Ausbildung von Hilfspersonal hinzugesetzt.

Bei der Position „Verschiedenes“ sind an Zulagen für die Stellwerkswärter der Stellwerke des neuen Verschiebebahnhofes, an Funktionszulagen an Lokomotivheizer für Führerdienste, sowie für Winterchutzkleidung für das neu anzustellende Personal und für Erhöhung der ärztlichen Besoldung 9000 M mehr erforderlich, so daß unter Berücksichtigung einer Abrundung 23 335,85 M eingesetzt sind.

Pos. „Bahnmeisterei, a Gehalte“. Für die Unterhaltung der Stellwerke auf dem neuen Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen ist eine zweite Mechanikerstelle eingestellt; ferner sind für die Unterhaltung der Gleisanlagen (etwa 34,0 km) daselbst zwei weitere Rottenführer vorgesehen.

b. Löhne. Zur ordnungsmäßigen Unterhaltung der neu hinzukommenden Gleisanlagen sind ein weiterer Schlosser oder Schmied und 20 Arbeiter erforderlich, so daß hier 120 000 M eingestellt sind.

Die Vergütung an die Lagerhaus-Gesellschaft für Mehrleistungen im Verschiebedienst des Industrie- und Handelshafens, für die im laufenden Rechnungsjahre 45 000 M eingestellt waren, kann mit Rücksicht auf die nach Beendigung des Krieges erfolgende Eröffnung des Verschiebebahnhofes um 15 000 M ermäßigt werden.

II. Sachliche Ausgaben. Wegen der Vergrößerung der Bahnanlagen empfiehlt sich zur besseren Übersicht eine etwas andere Einteilung der bisherigen Positionen unter II (1 und 2), indem von den bisherigen Pos. 1 und 2 b unter einer neuen Pos. 1 der Bureaubedarf der Station, die Unterhaltung und Heizung sämtlicher sonstigen Diensträume (Weichenstellerbuden und Stellwerke) für sich erscheinen, unter einer neuen Pos. 3 die Beleuchtung der Bahnanlagen nebst Zubehör, getrennt nach a, elektrische Beleuchtung, und nach b, Gas- und Petroleumbeleuchtung, zusammengefaßt werden, und endlich unter einer neuen Pos. 2 die übrigen in der bisherigen Pos. 2 b enthaltenen Beträge für sich erscheinen. Diese neue Einteilung ergibt für Pos. 1 rd. 20 000 M, hinzukommen für den neuen Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen weitere 4000 M, zusammen 24 000 M.

Auf die neue Pos. 2 entfallen von den bisher unter 2 b enthaltenen Beträgen 14 000 M, für die neuen Anlagen am Industrie- und Handelshafen treten hinzu 3000 M, so daß in die neue Pos. 2) 17 000 M eingestellt sind.

Auf die neue Pos. 3 a entfallen 2500 M, hinzukommen für den Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen 10 000 M und weitere 47 500 M für den Verschiebebahnhof im Zollausflußgebiet. Die 47 500 M wurden bisher von der Lagerhaus-Gesellschaft, die den Strom liefert, auf „Hafenbahnanlagen“ gebucht, ohne im Haushaltsplan des Hafenbauamts zu erscheinen. Da seit etwa 2 Jahren auch die Gleisanlagen am Holz- und Fabrikenhafen elektrisch beleuchtet werden, wofür der Strom vom Elektrizitätswerk geliefert wird, empfiehlt es sich zur Vermeidung von Irrtümern und um ein klares Bild von den wirklichen Kosten des Eisenbahnbetriebes zu erhalten, die Kosten für die gesamte Bahnhofsb Beleuchtung in den Voranschlag aufzunehmen. In die neue Pos. 3 a sind somit 60 000 M eingestellt.

Auf die neue Pos. 3 b entfallen von den bisher in den alten Pos. II 1 und 2 vorgesehenen Beträgen 20 000 M; hinzu kommen für den Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen weitere 6000 M, so daß der Gesamtbetrag 26 000 M ist.

Die neue Pos. 4 enthält die Unterhaltungs- und Betriebskosten der Lokomotiven, die bisher unter 2 a erschienen. Wegen der im nächsten Jahre vorzunehmenden größeren Ausbesserungen sind 3500 *M* mehr und wegen des vermehrten Kohlenverbrauchs im Betriebe des Verschiebebahnhofes beim Industrie- und Handelshafen 8500 *M* mehr einzustellen, so daß die Pos. 4 mit 134 000 *M* einzusetzen ist.

Pos. 5 a (früher 3 a). Für die laufende Unterhaltung der neu hinzukommenden Gleisanlagen auf dem Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen ist der bisher vorgesehene Betrag von 6000 *M* um 500 *M* zu erhöhen. Da ferner die im Budget für 1914 beantragten Oberbaumaterialien wegen des Krieges nicht beschafft sind, und eine weitere Hinausschiebung mit Rücksicht auf die Betriebssicherheit nicht angeht, ist der dafür vorgesehene Betrag von 45 327,30 *M* voll wieder einzusetzen. Außerdem sind an Oberbaumaterialien als Ersatz für unbrauchbar gewordene weiter erforderlich:

1) 240 m Gleis 6 d E auf eisernen Querschwellen zur Auswechslung der Strecke im Hauptgleis vom Wegübergang bei Posten BI bis Posten C mit 17 Schwellen auf 12 m Gleislänge, für das m 24 <i>M</i> . . . . .	<i>M</i>	5 760,—
2) 72 m Schwellenschienengleis mit Leitschienen gekrümmt nach dem Radius R = 220 und 200 m für den Wegübergang beim Speicher I, für das m 38,50 <i>M</i> . . . . .	"	2 762,—
3) 2 · 9,0 m = 18,0 m Schwellenschienengleis, gekrümmt nach dem Radius R = 250 m für den Wegübergang zum Ibschen Holzlagerplatz, für das m 38,50 <i>M</i> . . . . .	"	693,—
4) 9,0 m Schwellenschienengleis gekrümmt nach dem Radius 250 m für den Wegübergang der Emderstraße im Hauptgleis, für das m 38,50 <i>M</i> . . . . .	"	337,50
5) 1 Rechtsweiche 1:8 auf eisernen Querschwellen für Stellwerksanschluß einschl. Hafenverschluß, Ersatz für Weiche Nr. 81 . . . . .	"	1 800,—
6) 12 Paar Übergangslaschen für den Anschluß vom Oberbau 6 d auf Schwellenschienen, für das Paar 27 <i>M</i> . . . . .	"	324,—
7) 1000 Stück eiserne Querschwellen, 2,50 m lang, für die Einzelauswechslung unbrauchbar gewordener, für das Stück 7,50 <i>M</i> . . . . .	"	7 500,—
8) 500 Paar Laschen, Form 6 d, für das Paar 5 <i>M</i> . . . . .	"	2 500,—
9) 1000 Stück Laschenschrauben, für das Stück 0,22 <i>M</i> . . . . .	"	220,—
10) 1000 Satz Spurerweiterungsmaterial, bestehend aus:		
1000 Stück Hakenplatten Nr. 4	} für das Stück 0,60 <i>M</i>	" 1 200,—
1000 Stück Hakenplatten Nr. 3		
1000 Stück Klemmplatten Nr. 0	} für das Stück 0,11 <i>M</i>	" 220,—
1000 Stück Klemmplatten Nr. 1		
2000 Stück Hakenschrauben mit Bundmuttern, für das Stück 0,11 <i>M</i> . . . . .	"	220,—
11) 500 cbm Bettungsmaterial (Steinfies), für das cbm 8,50 <i>M</i> . . . . .	"	4 250,—
12) 10 Zungenlager für Weichen-Oberbau 6 d, für das Stück 11,50 <i>M</i> . . . . .	"	115,—
13) 5 Zungenlager für Weichen im Schwellenschienenoberbau, für das Stück 12,50 <i>M</i> . . . . .	"	62,50
	zusammen . . .	<i>M</i> 27 964,—

Es sind deshalb für die Position 5 a insgesamt rund 79 800 *M* vorgesehen.

In Pos. 5 b (früher 3 b) ist der bisher vorgesehene Betrag von 1300 *M* wegen des Verschiebebahnhofes beim Industrie- und Handelshafen um 700 *M* zu erhöhen; es sind demnach 2000 *M* eingestellt.

Bei Pos. 5 c (früher 3 c) ist der Betrag von 5300 *M* um 1500 *M* zu erhöhen wegen der für den Verschiebebahnhof beim Industrie- und Handelshafen neu erforderlichen Räume für die preußische Güterabfertigung und wegen neuer Lademeisterbuden.

Aus Anlaß des Krieges sind am Schlusse des Ausgaben-Voranschlages insgesamt 84 000 *M* in Abzug gebracht, und zwar für Pos. B I „Gehalte und Löhne“ 60 000 *M* und für Pos. B II „Sachliche Ausgaben“ 24 000 *M*.

### C. Hafenbetrieb.

I. Gehalte und Löhne. Für die Getreideverkehrsanlage sind zwei weitere Hafenvächterstellen eingestellt.

Die Pos. 2 ist zunächst um  $2 \times 200 = 400$  *M* zu erhöhen zur Beschaffung von Dienstkleidung für die beiden neu vorgesehenen Hafenvächter; weitere 1500 *M* sind eingestellt für einen dauernd erforderlichen Hilfsarbeiter zur Unterstützung der beiden Maschinisten bei den notwendigen Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten im Betriebe der Schleusentore und der zugehörigen Maschinenanlagen am Industrie- und Handelshafen.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 mußte dem tatsächlichen Bedarf entsprechend um 300 *M* erhöht werden.

Pos. 2 a. Der weitere Ausbau der Hafenanlagen erfordert größere Aufwendungen für Betriebsmittel und Gerätschaften; bei wieder stärker einsetzendem Schiffsverkehr ist auch mit einer vermehrten Benutzung der Unratschuten zu rechnen, so daß der Betrag für die Beseitigung des Unrats heraufzusetzen ist. Die Position ist daher um 3000 *M* erhöht.

Pos. 4 b. Die für die gewöhnliche Unterhaltung bisher vorgesehenen 3000 *M* müssen wegen der Verlängerung der südlichen Raje am Hafen II um 300 *M* erhöht werden, ferner sind 1500 *M* erforderlich zur Weiterführung der schon 1913 begonnenen Steinabdeckung des Weiserufers unterhalb der Nordmole des Hafens I; es sind demnach 4800 *M* eingestellt.

Bei Pos. 5 a sind für die erstmalige Dockung des zweiten Schleusentores 12 000 *M* einzusetzen, so daß die Pos. mit 18 000 *M* erscheint.

### F. Straßen, Plätze und Unterführungen.

Hier erscheinen bei allen Positionen dieselben Summen wie im Vorjahre. Die dort beantragten einmaligen Ausgaben sind wieder vorgesehen, da die Arbeiten wegen des Krieges zurückgestellt wurden.

### Häfen in Bremerhaven.

Einnahmen. Die aus Anlaß des Krieges schätzungsweise eintretenden Mindereinnahmen sind am Schluß des Einnahme-Voranschlags in Abzug gebracht. Bei Pos. 1 a ist nichts abgesetzt, da der Norddeutsche Lloyd vertragsmäßig die Zinsgarantie übernommen hat.

#### Ausgaben: A. Allgemeine Verwaltung.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 2. Die gewöhnlichen Ausgaben mußten von 11 000 *M* auf 11 500 *M* erhöht werden, da an Gebühren für die Postfernsprechanlage des Hafenbauamts infolge Herstellung neuer Nebenstellen 500 *M* hinzukommen.

Als einmalige Ausgaben sind eingesetzt die Kosten für ein neues Fahrrad als Ersatz für ein unbrauchbar gewordenes mit 180 *M*.

Pos. 3. Bei Ausbruch des Krieges sind die Beiträge zur Krankenkasse des Hafenbauamts, und zwar die staatsseitigen, für jedes Mitglied von 27 auf 36 *Pf.* für die Woche heraufgesetzt worden. Da diese Erhöhung nach Beendigung des Krieges wahrscheinlich bestehen bleiben wird, mußten 24 100 *M* statt bisheriger 22 000 *M* eingestellt werden.

Pos. 4. Im Laufe des Rechnungsjahres 1915 läuft die fünfjährige Versicherung der meisten Güterschuppen usw. ab, diese müssen alsdann neu versichert werden. Die einjährigen Versicherungsgebühren sind insgesamt zu 27 000 M ermittelt.

#### B. Hafенbetrieb.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Die gewöhnlichen Ausgaben mußten infolge des Anschlusses des Lotsenhauses am Neuen Hafen an die Post-Fernsprechanlage um 200 M erhöht werden.

#### C. Bauliche Unterhaltung der Hafенwerke.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1d. Besonders eingestellt sind 12 000 M für Beschaffung und Einbau von Dampfsteuerapparaten (Rudermaschinen) für die Dampfprähme I—IV. Die Führer der Dampfprähme können es bei den vielen in den Häfen und Vorhäfen auszuführenden Manövern nicht immer verhindern, daß die verhältnismäßig großen Ruder der Prähme mit anderen Fahrzeugen oder sonstigen Gegenständen im Hafen, Schwimmsendern usw. zusammenstoßen, wobei die Schiffer regelmäßig die Gewalt über das Ruder verlieren. Es sind hierdurch bereits wiederholt Verletzungen des Führerpersonals, eine sogar mit tödlichem Ausgange, vorgekommen. Die Rudermaschinen müssen daher im Interesse der Sicherheit des Personals beschafft werden.

Pos. 3. Die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung erscheinen mit 11 500 M unverändert. Als einmalige Ausgabe sind wieder eingesezt die Kosten für Verstärken des Weiserdeiches am Alten Hafen mit 2000 M; zur Ausführung dieser Arbeiten standen bereits im laufenden Rechnungsjahr die Mittel zur Verfügung. Sie wurden jedoch nicht in Anspruch genommen, da die Arbeit infolge Ausbruchs des Krieges um ein Jahr hinausgeschoben wurde.

Pos. 4. Zu der gewöhnlichen Unterhaltung sind hinzugekommen die Ausgaben für die Unterhaltung der Klinkerböschungen an den Kaiserhäfen II und III mit 300 M. Die gewöhnlichen Ausgaben sind daher von 24 500 M auf 24 800 M erhöht worden. Als einmalige Ausgaben sind wieder eingesezt die Kosten für Neuverlegen von 105 lfd. m Granit-Abdeckung im Kaiserdock I einschließlich Erneuern von 105 qm Verblendmauerwerk daselbst, das lfd. m Granit-Abdeckung einschließlich Verblendmauerwerk 30 = 3150 M. Diese Kosten waren bereits im laufenden Rechnungsjahre verfügbar. Die Arbeiten sind aber infolge des Krieges unterblieben; die hierfür bewilligten Mittel werden im Rechnungsjahre 1914 nicht beansprucht.

Pos. 7. Die Ausgaben der gewöhnlichen Unterhaltung erscheinen wie im Vorjahre mit 21 900 M. Neu eingesezt sind die Kosten

- 1) für Beschaffung von Einrichtungen zur Entfernung von Schlackmassen aus der Kammer des Schiebepontons der Großen Kaiserschleuse mit 5000 M, wozu folgendes bemerkt wird:

Im vergangenen Jahre ist zur Beseitigung der in der Kammer des Schiebepontons der Großen Kaiserschleuse sich abgelagernden Schlackmassen ein feststehendes Pumpwerk beschafft und eingebaut worden. Die Verbindungen des Pumpwerks mit den Schlackräumen sind bisher durch Schläuche hergestellt, die den Beständen der Sprizendampfer entnommen werden. Da dieses Verfahren sehr umständlich und kostspielig ist, werden feste Rohrleitungen mit den zugehörigen Absperrvorrichtungen usw. empfohlen, zu deren Beschaffung die Bewilligung der beantragten 5000 M erforderlich ist;

- 2) für Erneuern der abgenutzten Unterlagsbölzer, Bohlen und Schwellen auf der Rollbrücke der Kleinen Kaiserschleuse mit 6650 M.

Pos. 8. Die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung mußten, da die Unterhaltung neu hergestellter Straßen bei der Strandhalle und am Vorhafen des Alten Hafens hinzugekommen ist, von 27 500 M auf 28 650 M erhöht werden.

Besonders eingestellt sind wieder die Kosten für Neupflastern der mit Polygonalsteinen belegten Straßenfläche (rd. 700 qm) an der Westseite des Kaiserhafens I, nördlich der Drehbrücke, mit 7800 M. Diese Arbeit ist ebenfalls aus Anlaß des Krieges hinausgeschoben worden.

Pos. 11 b mußte um 1000 M erhöht werden, da mit den bisher bewilligten Mitteln nicht mehr auszukommen ist.

Pos. 11 c war mit Rücksicht auf die gestiegenen Preise für Betriebsstoffe von 28 000 M auf 30 000 M heraufzusetzen.

Pos. 12. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Hafenfähre“, die den Fährebetrieb in den Häfen zu Bremerhaven führt, ist verschiedentlich bei der unterzeichneten Deputation vorstellig geworden, Maßnahmen zur Besserung ihrer finanziellen Verhältnisse zu ergreifen. Die Deputation hat daraufhin der Gesellschaft gestattet, die Abonnementshefte versuchsweise aufzuheben und einen Einheitspreis von 5 Pf. am Tage und 10 Pf. in der Nacht festzusetzen, sowie ferner die Nachtfahrten von 12 bis 5 Uhr einzustellen. Diese Maßnahmen haben sich als nicht ausreichend erwiesen. Die Gesellschaft „Hafenfähre“ hat dann beantragt, die staatliche Unterstützung zu erhöhen. In Anlaß dieses Antrages hat die Deputation eine Prüfung der Verhältnisse der „Hafenfähre“ durch das Hafenamt Bremerhaven vornehmen lassen. Von diesem ist berichtet worden, daß die Gesellschaft vom zweiten Geschäftsjahre ab ständig mit Verlusten von 9000 bis 17 000 M gearbeitet hat. Das Hafenamt hat bei Prüfung der Geschäftsergebnisse sich davon überzeugt, daß eine angemessene Verzinsung des Stammkapitals der Gesellschaft ohne Erhöhung des staatlichen Zuschusses zunächst nicht erwartet werden könne. In Würdigung dieser Sachlage, und da der Staat an dem Betriebe der Hafenfähre, die bisher stets den an sie gestellten Anforderungen gerecht geworden ist, ein erhebliches Interesse hat, hat die Deputation beschlossen, zu beantragen, die Unterstützung für jeden der beiden im Betriebe befindlichen Dampfer von 3000 M auf 4000 M jährlich, zunächst für die kommenden drei Betriebsjahre, heraufzusetzen. Dementsprechend ist die Pos. 12 von 6000 M auf 8000 M erhöht worden.

#### D. Unterhaltung der Bahnhofsanlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Das Königliche Eisenbahn-Betriebsamt I in Bremen veranschlagt die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung der Bahnhofsanlagen in Bremerhaven auf 94 500 M. Hinzuzurechnen sind die in dem Anschlag fehlenden vertraglich zu zahlenden Verwaltungskosten mit rd. 5300 M, außerdem noch die Ausgaben für die Unterhaltung der Bahneinfriedigungen und lebenden Hecken neben den Bahngleisen mit 400 M und ferner die Kosten für die Unterhaltung des Deichschartes und der Deichschartbrücke nördlich der Lloydhalle mit 500 M. Der Anschlag für die gewöhnliche Unterhaltung schließt also mit 100 700 M ab.

Als einmalige Kosten sind eingesetzt:

- 1) für Erneuerung von 250 lfd. m hölzerner Bahneinfriedigung nördlich der Großen Kaiser Schleuse im Anschluß an die im Rechnungsjahre 1914 ausgeführte Teilstrecke daselbst, das lfd. m 4 M, = 1000 M,
- 2) für Erneuerung der Gleiseinfriedigung südlich und nördlich der Reilstraße sowie an der Bahnhof- und Bogenstraße 1100 M und
- 3) für Höherlegen von gepflasterten Straßen und Gleisanpflasterungen infolge Anhebung verfacter Gleisanlagen 3000 M.

Pos. 3. Zu den gewöhnlichen Unterhaltungskosten von 19 700 M (wie im Vorjahre) treten als einmalige Ausgaben hinzu:

- 1) für Herstellung von Wascheinrichtungen im Güterschuppen Nr. 2 und in der Fischverandahalle 350 M,
- 2) für Herstellung von Kofschubanstrichen der Wellblechdächer und der Eisenkonstruktion sowie für einen Ölfarbanstrich der hölzernen Außenbekleidung des Schuppens Nr. 1 2150 M,

- 3) für Herstellung eines Rostschutzanstriches des Wellblechdaches der offenen eisernen Überdachung am Alten Hafen 1300 *M*,  
 4) für Einbauen neuer hölzerner Wandschwellen für die Umfassungswände des Schuppens Nr. 3 2800 *M*.

#### E. Gasbeleuchtung.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 2. Die für das laufende Rechnungsjahr bewilligte Gasfernzündungsanlage, wofür 21 000 *M* bereitgestellt waren, ist infolge des Krieges nicht ausgeführt worden. Obgleich durch die Einrichtung einer solchen Anlage jährlich 4550 *M* erspart werden, glaubt die Deputation doch mit Rücksicht darauf, daß wegen der Finanzlage des Staates alle entbehrlichen oder den Staat auf einmal stärker belastenden Ausgaben zu vermeiden sind, die Herstellung der Anlage auf ein weiteres Jahr hinauszuschieben zu sollen.

#### F. Elektrische Anlagen.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 2. Die Kosten für die gewöhnliche Unterhaltung sind wie im Vorjahre mit 25 000 *M* ausgeführt worden. Für das laufende Rechnungsjahr sind für die Herstellung von Anlagen zur Versorgung der Schiffe mit elektrischem Strom an der Ostseite des Kaiserhafens I 15 000 *M* bewilligt. Die Herstellung dieser Anlage, die ebenfalls mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht ausgeführt ist, kann ohne Bedenken bis auf weiteres verschoben werden.

#### G. Verschiedenes.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Im laufenden Rechnungsjahre sind neue Straßen hergestellt worden, so am Vorhafen des Alten Hafens. Die Reinhaltung dieser Straßen erfordert eine Mehrausgabe von 400 *M*.

Bremen, den 13. Januar 1915.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **Krug.** (gez.) **Uddiaks.**

Anlage 10.

#### Haushaltungsplan des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1915.

Die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1915 haben gegen das Vorjahr um 13 730 *M* höher veranschlagt werden müssen. Die Gründe für die Steigerung liegen in den erhöhten Anforderungen und in den infolge von Alterszulagen für Gehalte mehr aufzuwendenden Beträgen von 1430 *M*. Wie schon in der Begründung des Antrages, betreffend Schaffung einer neuen Kanzleihilfenstelle ausgeführt (Verhdlgn. 1913 S. 1677), hat sich bei Errichtung des Jugendamts nicht übersehen lassen, welche Arbeitsleistung zu bewältigen war. Die in diesen Ausführungen geschilderten Verhältnisse dauern noch an. Es haben nicht allein die in der Kanzlei, sondern auch die im Außendienst von den Ermittlungsbeamten und Helferinnen zu erledigenden Arbeiten einen solchen Umfang angenommen, daß sie mit den vorhandenen Kräften nicht ordnungsmäßig erledigt werden können. Gleichwohl wird von der Schaffung neuer Beamtenstellen einstweilen Abstand genommen; doch ist die Anstellung eines jungen Schreibers mit einem Gehalt von 450 *M* sowie die Erhöhung des Postens „Außerordentliche Schreibhilfe“ und „Vertretungskosten“ um 1190 *M* erforderlich.

Die im Bericht zum vorigjährigen Haushaltungsplan erbetene, von Senat und Bürgerschaft genehmigte Errichtung eines Aufnahme- und Beobachtungsheims (Verhdlgn. 1914 S. 124/28) ist wegen des Krieges nicht zur Ausführung gelangt,

und die dafür eingestellten 26 000 *M* sind nicht verausgabt worden. Unter der Voraussetzung der Errichtung dieses Heims ist aber der Posten Pflegegelder für Fürsorgezöglinge um 4000 *M* geringer veranschlagt gewesen, weil die in dem Beobachtungsheim unterzubringenden Zöglinge nicht sofort in zum Teil erheblich kostspieligeren Pflegestellen und Fürsorgeanstalten untergebracht zu werden brauchen. Der Aufwand für 1914 wird voraussichtlich 88 000 *M* betragen. Da mit einer erheblichen Steigerung der Zahl der unterzubringenden Kinder zu rechnen sein wird, so hat dieser Posten gegen das Vorjahr um 10 000 *M* erhöht werden müssen.

Die erhöhte Zahl von Fürsorgezöglingen bedingt auch einen höheren Aufwand von Überführungskosten; für diesen Zweck haben 500 *M* mehr eingestellt werden müssen. Dagegen hat der Posten Kleidung entsprechend den Aufwendungen in den letzten zwölf Monaten um 1000 *M* ermäßigt werden können. Für Arztgebühren haben auf Grund der Aufwendungen in den letzten zwölf Monaten 400 *M* mehr eingestellt werden müssen.

Die Zahl der der ärztlichen und zahnärztlichen Aufsicht unterstellten Haltekinder nimmt ständig zu. Infolge der erhöhten Anforderungen müssen 500 *M* mehr erbeten werden.

Wie in dem Jahresbericht des Jugendamts erwähnt (Verhdlgn. 1914 S. 661), ist den Hebammen für die sofortige Anzeige einer unehelichen Geburt eine Vergütung von 50 Pf. zugesichert. Die hierfür aufzuwendenden Kosten werden auf jährlich 500 *M* veranschlagt, um welchen Betrag der Posten 6 a erhöht ist.

Bisher wurden Reisekosten nur aufgewendet für die Kontrolle von Kindern, die auswärts in Familien und in Anstalten untergebracht sind. Es hat sich aber das Bedürfnis ergeben, die bereits in Anspruch genommenen und die neu in Vorschlag gebrachten Erziehungsanstalten zu besichtigen, sowie an wichtigen Besprechungen über das Gebiet der Fürsorgeerziehung teilzunehmen. Es ist daher der vorjährige Betrag wieder eingestellt worden.

Es wird beantragt, für die Positionen II 1 und 2 sowie für die Unterpositionen zu 5 und 6 die Übertragbarkeit zu genehmigen.

Bremen, den 19. Dezember 1914.

(gez.) **Seuß.**

## Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau.

Anlage 11.

### Außerordentliche Ausgaben.

#### I. Bauten und Anlagen.

- 1) Neue massive Brücke auf dem Riensberger Friedhof... *M* 9 800

Die Holzbrücke in der Nähe des Krematoriums ist morsch, viel gestickt und für Transporte von schweren Grabsteinen nicht mehr sicher. Eine Ausbesserung würde nicht mehr lohnend sein. Um eine dauernd gute und haltbare Brücke zu erhalten, wird empfohlen, eine massive Brücke in Eisenbeton herzustellen. Der Kostenanschlag für den vorliegenden Entwurf schließt mit 9800 *M* ab.

- 2) Gerichtsgefängnis in Bremerhaven..... *M* 204 000

Das Projekt liegt der hierfür eingesetzten Kommission zur Beschlussfassung vor. Der Kostenanschlag schließt mit 204 000 *M* ab, wovon bereits 150 000 *M* unter Vorbehalt in Restverwaltung genommen sind. Der überschüssende Betrag von 54 000 *M* ist in das Budget eingestellt.

- 3) Neubau eines Geschäftshauses für die Bauverwaltung,

1. Rate..... *M* 100 000

Das Projekt hat der hierfür eingesetzten Deputation zur Beschlussfassung vorgelegen und wird zurzeit einer Umarbeitung unterzogen. Es ist zunächst

mit einer 1. Rate von 100 000 *M* auszukommen, die in das Budget eingestellt sind.

4) Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen am Breitenweg *M* 9 000

Es war zunächst beabsichtigt, am Breitenweg nur ein Pissoir zu errichten. Da aber jetzt das Bedürfnis vorliegt, eine Anstalt für beide Geschlechter zu errichten, so ist der Betrag von 9000 *M* in das Budget einzustellen. Die Polizeidirektion ist zurzeit bemüht, einen passenden Platz zur Aufstellung der Bedürfnisanstalt ausfindig zu machen.

5) Neubau einer Kunstgewerbeschule.

Anfang Oktober wurden verschiedene Vorentwurfskizzen vorgelegt. Die Baukosten — ohne Inventar und Grunderwerb — bewegen sich zwischen 260 000 und 281 500 *M*. Auf besonderen Wunsch der Behörde für das Gewerbemuseum sind als 1. Rate 100 000 *M* eingestellt worden.

6) Erweiterung des Verwaltungsgebäudes am Hafen I durch Aufbau eines Stockwerks.

Der ausführliche Entwurf nebst Kostenanschlag ist nahezu fertiggestellt und wird in kurzer Zeit vorgelegt. Der Kostenanschlag schließt mit 97 000 *M* ab. Falls die Ausführung im nächsten Rechnungsjahre erfolgen soll, ist die ganze Summe erforderlich.

7) Projektbearbeitungen.

Für 1914 waren 80 000 *M* bewilligt. Da sich die voraussichtliche Gestaltung der Verhältnisse jetzt nicht übersehen läßt, werden für 1915 75 000 *M* beantragt.

Bremen, im Dezember 1914.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

J. B.:

(gez.) **Hildebrand.** (gez.) **A. Busch.**

---